



Universität Bielefeld

**Gesellschaftliche
Entwicklung,
wissenschaftliche
Verantwortung
und Gewalt**

Anke Brunn
Wolfgang Frühwald
Friedhelm Neidhardt
Wilhelm Heitmeyer



Herausgeber
Universität Bielefeld
Referat für Öffentlichkeitsarbeit
D-33615 Bielefeld, Universitätsstraße 25
Telefon (0521) 106 - 4145/46
Telefax (0521) 106 - 2964
e-mail: gerhard.trott@post.uni-bielefeld.de

Redaktion
Gerhard Trott
Gesamtherstellung
Hans Giesemann Satz Druck, Bielefeld 1997

Umschlag
Universität Bielefeld, Audiovisuelles Zentrum

Universität Bielefeld
Bielefelder Universitätsgespräche und Vorträge 7

**Gesellschaftliche Entwicklung,
wissenschaftliche Verantwortung
und Gewalt**

Symposium zur Gründung des
Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
der Universität Bielefeld

am 16. April 1997

Mit Beiträgen von

Anke Brunn, Wolfgang Frühwald,
Friedhelm Neidhardt, Wilhelm Heitmeyer

Inhalt

- Begrüßungsrede des Rektors der Universität Bielefeld,**
Prof. Dr. Gert Rickheit Seite 3
- Forschungsförderung in den Gesellschaftswissenschaften im Land Nordrhein-Westfalen** – von Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen Seite 5
- Wissenschaft und Gesellschaft** – von Prof. Dr. Wolfgang Frühwald, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Seite 9
- Gewalt, Gewaltdiskussion, Gewaltforschung** – von Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung Seite 19
- Überlegungen zu den weiteren Arbeiten des Instituts** – von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, geschäftsführender Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Seite 29

Begrüßungsrede des Rektors der Universität Bielefeld, Prof. Dr. Gert Rickheit

Zum Symposium "Gesellschaftliche Entwicklung, wissenschaftliche Verantwortung und Gewalt" aus Anlaß der Gründung des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung darf ich Sie im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld sehr herzlich begrüßen. Das große überregionale Interesse für diese Veranstaltung ist ganz besonders erfreulich. Für die Universität ist dies ein Tag, an dem einmal nicht über die schlechte Lage der Hochschulen geklagt werden soll. Vielmehr ist das neue Institut ein Beweis dafür, daß schwierigere Rahmenbedingungen nicht automatisch zur Stagnation führen müssen, sondern daß mit Kreativität und Gespür für gesellschaftlich relevante Fragestellungen auch heute noch sinnvolle strukturelle Innovationen an Hochschulen möglich sind. Ohne die großzügige Unterstützung der Landesregierung wäre die Gründung in dieser Form aber wohl kaum denkbar gewesen, und ich darf daher Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin Brunn, für diese Unterstützung, aber auch für Ihr persönliches Engagement für die Konflikt- und Gewaltforschung, im Namen aller Beteiligten sehr herzlich danken. Die nordrhein-westfälische Forschungslandschaft konnte damit um eine interessante Facette erweitert werden. Innerhalb der Universität hat sich von Anfang an mein Vorgänger für das Institut stark gemacht. Lieber Herr Skowronek, für Sie spielten sicherlich zwei Aspekte die entscheidende Rolle, die sich – das ist leider nicht immer so – hier auf ideale Weise ergänzten. Sie waren zutiefst überzeugt, daß Forschung über multiethnische Konflikte und Gewalt von hoher Dringlichkeit sei, daß die Universitäten hier besonders gegenüber der Gesellschaft ihre Verantwortung wahrzunehmen haben, und Sie waren auch davon überzeugt, daß die Unterstützung und Ausweitung dieser Forschungen für die Universität von großer Bedeutung sein würde. Bei dem Etablierungsprozeß und den damit einhergehenden Diskussionen wurden Sie von Anfang an von unserem Kanzler, Herrn Huvendick, und der Verwaltung hervorragend unterstützt. Die schönsten Planungsprozesse gehen aber ins Leere, wenn nicht hochqualifizierte Wissenschaftler als Hauptbeteiligte bereit sind, sich in ganz besonderer Weise zu engagieren. Ich möchte Sie, Herr Albrecht, Herr Backes, Herr Dollase und Herr Heitmeyer, zu dem heutigen Tag beglückwünschen und Ihnen für dieses Engagement danken. Dieser Dank wäre allerdings unvollständig, wenn er nicht Ihre wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezöge, ohne die das neue Institut sicher nicht lebensfähig wäre. Es ist gleichzeitig ein gutes Zeichen, daß es kein Problem war, einen hochkarätig besetzten Wissenschaftlichen Beirat zu bilden. Auch den Herren Eckert, Frey, von Friedeburg, Grimm, Tillmann und Wehler möchte ich für die Bereitschaft, ihre Kompetenz einzubringen, herzlich danken.

Der Schwerpunkt der Forschungen wird auf dem Gebiet der multiethnischen Konflikte liegen, ein Bereich, der durch die weltweiten Migrationsbewegungen auf nicht absehbare Zeit hinaus seine Brisanz behalten wird. Gewalt gegen Fremde, aber auch Gewalt von Fremden gehört zu denjenigen Themen, die von den Medien stets begierig aufgegriffen und häufig leider auch spektakulär vergrößernd dargestellt werden. Es ist daher kein Wunder, daß Vertreter des Instituts gerade in letzter Zeit wieder sehr häufig in den Medien zu Wort kamen. Davon sollte man sich aber nicht täuschen lassen. Das Institut

ist nämlich alles andere als ein Effekt solcher Medienpräsenz. Seiner Gründung gingen ganz im Gegenteil zum Teil jahrzehntelange Arbeiten zu einschlägigen Themen voraus, Arbeiten, die seinerzeit durchaus nicht im Trend lagen und daher auch nicht unbedingt angemessen gewürdigt wurden. Sie, Herr Heitmeyer, haben z. B. schon Anfang der 80er Jahre vor einer drohenden rechtsradikalen Welle unter Jugendlichen gewarnt und diese Warnung auch an die Politik adressiert, ohne daß dies besonders ernstgenommen wurde. Augenblicklich schlägt Ihre Studie zur religiösen und politischen Orientierung islamischer Jugendlicher in der Bundesrepublik hohe Wellen, und zwar so weit, daß Ihnen Vorurteile und Ausländerfeindlichkeit unterstellt werden. Nun ist es aber nicht die Aufgabe von Wissenschaftlern, es mit ihren Forschungen wider besseres Wissen allen recht zu machen, sondern Tatsachen festzustellen. Auch wenn es sich dann um möglicherweise unbequeme und bittere Wahrheiten handelt: Es ist immer noch besser, wenn in einer Gesellschaft frühzeitig informiert und über Probleme diskutiert wird, als daß verdrängt und beschönigt wird und man später diesen Problemen unvorbereitet gegenübersteht. Diese Diskussion schließt selbstverständlich Kritik gegenüber wissenschaftlichen Ergebnissen und an den Folgen ihrer Veröffentlichung mit ein. Daß hier Fragen der Forschungsethik eine wichtige Rolle spielen, daß besondere Anforderungen an Sorgfalt und Gründlichkeit, aber auch an Sensibilität im Umgang mit äußerst heiklen Sachverhalten gestellt werden müssen, versteht sich dabei fast von selbst. Man kann sich jedenfalls gerade für die heutige Eröffnung kaum ein sinnvolleres Thema denken als "Gesellschaftliche Entwicklung, wissenschaftliche Verantwortung und Gewalt". Es liegt nahe, daß angesichts der gesellschaftlichen Realität ein hoher Erwartungsdruck auf dem Institut lastet. Allerdings sollte man vor voreiligen Ansprüchen warnen. Seriöse Wissenschaft braucht oft viel länger, als viele es sich wünschen, um zu validen Ergebnissen zu kommen, und diese Ergebnisse können gutgemeinte Hoffnungen auch enttäuschen. Wissenschaft kann Prognosen abgeben und beraten, sie kann aber politische Entscheidungen ganz gewiß nicht ersetzen.

Konflikt- und Gewaltforschung hat es immer mit komplexen Sachverhalten der Integration und Desintegration von Individuen und Gruppen in die Gesamtgesellschaft zu tun. 'Irgendwie' hängt dabei immer alles mit allem zusammen, und die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung verschiebt ständig die Blickwinkel und erzwingt häufig eine schnelle Überprüfung von Forschungsergebnissen. Dies ist ein grundsätzliches Problem in den Sozialwissenschaften. Naturwissenschaftler haben demgegenüber viel bessere Chancen, Zusammenhänge mit benachbarten Kontexten zu kappen, ihre Gegenstände bis in unscheinbarste Partikel zu digitalisieren und trotzdem und gerade dann legitime Ergebnisse zu produzieren. Die Komplexität der Themenstellung erzwingt in der Konfliktforschung daher einmal mehr die Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Fachrichtungen. Daher ist das neue Institut, auch wenn man ihm zunächst einmal eine gewisse Konsolidierungszeit zugestehen muß, sicher kein closed shop, sondern gewiß an breiter gefächerten Kooperationen interessiert. Es setzt damit – auch dies sagt sein Name schon – eine der besten Traditionen der Universität Bielefeld fort, die der Interdisziplinarität.

Forschungsförderung in den Gesellschaftswissenschaften im Land Nordrhein-Westfalen

von Anke Brunn

Es ist schon beeindruckend, wenn ein Institut, das gerade erst eröffnet wird, schon einen guten Teil der Arbeit geleistet hat. Professor Heitmeyer hat nämlich gerade zwei eindrucksvolle Bände herausgegeben, die wichtige Beiträge zur Konfliktforschung liefern. Er und seine Forschergruppe sind damit sozusagen in Vorleistung für das Institut getreten, und deshalb kann auch keine Rede mehr von "Vorschußlorbeeren" sein, wenn man das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung lobt und wenn man sich noch mehr davon für die Zukunft verspricht.

I.

"Was treibt die Gesellschaft auseinander?" "Was hält die Gesellschaft zusammen?" Diese Fragen sind die Titel der beiden Bände. Ich finde, daß beide Fragen treffend und eingängig die Problematik beschreiben, mit der sich das neue Institut beschäftigen will. Es ist mehr als dringend, daß das geschieht.

Ich erinnere mich noch gut daran, daß mir Herbert Schnoor, der damals noch Innenminister war, nach den schrecklichen Verbrechen von Mölln, Hoyerswerda und vor allem Solingen einen Brief geschrieben hat. Uns allen war ja klar, daß diese Anschläge keine Schicksalsschläge waren, die über uns hereingebrochen sind. Da mußte sich etwas abgezeichnet, entwickelt und aufgestaut haben.

Wir haben uns gefragt: Hat es Symptome und Signale gegeben, die wir nur nicht wahrgenommen haben? Und wenn es keine solchen Signale gegeben haben sollte, warum nicht? Herbert Schnoor bat mich in seinem Brief, unsere Forschung zu mobilisieren, um nach Ursachen für fremdenfeindliche Gewalt zu suchen. Diese schrecklichen Anschläge mußten doch jedem vor Augen geführt haben, wie dringend es ist, daß unsere Wissenschaft über die engen Grenzen einzelner Fachdisziplinen hinaus und systematisch erforscht, wie in unserer modernen Gesellschaft Konflikte und Gewalt entstehen und wie wir damit umgehen.

Es braucht natürlich einige Zeit, um aus einem solchen Anstoß, aus einer Idee und aus Projekten ein Institut werden zu lassen. Und: Es braucht natürlich auch seine Zeit, ein Institut zu gründen – und es braucht das Engagement und die Unterstützung vieler Beteiligter in der Universität, denen allen ich noch einmal herzlich danke.

II.

In der letzten Woche hatte ich wegen einer Erkrankung mehr Muße, als mir eigentlich lieb war. Das hatte zumindest den Vorteil, daß ich in den beiden Büchern zur Konfliktforschung lesen konnte. Ich habe das mit großem Interesse getan.

Die Bestandsaufnahme beschreibt und analysiert, was wir schon seit Jahren beobachten und beklagen: Wir sehen, daß alte Ordnungsstrukturen zerfallen und daß die Bindekraft von Institutionen in unserer Gesellschaft nachläßt; wir sehen, daß immer mehr Werte

und Normen ihre Gültigkeit verlieren und daß soziale Bindungen sich ändern, ja sogar auflösen.

Was aber tritt an die Stelle der alten Bindungen? Was bindet neu zusammen? Womit können wir zerstörerische Zentrifugalkräfte binden? Wie können wir Konflikte auch in Zukunft friedlich austragen und gewaltfrei lösen? Diese Fragen zu stellen und Antworten darauf zu suchen, das ist für unser demokratisches Miteinander überlebenswichtig.

Nun wissen wir spätestens seit Kant, daß die Natur des Menschen seine "ungesellige Geselligkeit" ist. Konflikte hat es immer gegeben, und es wird sie auch weiter geben. Aber es ist gerade das Grundprinzip demokratischer Gesellschaften mit einem staatlichen Gewaltmonopol, Konflikte friedlich auszutragen und einen "modus vivendi" zu finden. In den letzten Jahren haben sich bei uns viele Konflikte – der zwischen Einheimischen und Zugewanderten, aber auch zum Beispiel zwischen Generationen – offenbar verschärft. Wir müssen deshalb nach neuen Formen und Strukturen suchen, mit denen wir diese Konflikte bewältigen – oder doch zumindest gewaltfrei austragen – können.

Wir müssen neue Formen der gesellschaftlichen Integration und Bindung entwickeln und dabei die Zugezogenen einbeziehen; wir müssen der Ausgrenzung entgegenwirken, die neue Konflikte erst entstehen läßt.

Hier ist die Politik gefordert, hier sind Kirchen, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Institutionen gefordert, hier ist aber auch und gerade die Wissenschaft gefordert, zu beobachten, zu erklären, frühzeitig zu warnen und Instrumente des Gegensteuerns zu benennen, wenn in der Gesellschaft etwas 'schiefläuft'.

Wenn Menschen schwer krank sind, nehmen wir das längst nicht mehr als unabänderliches Schicksal hin; wir setzen unseren Sachverstand und auch viel Geld ein, um Krankheiten zu erforschen und Therapien zu entwickeln. Was nutzte die bedeutendste technische Innovation, was nutzten die größten wirtschaftlichen Erfolge, wenn Konflikt und Gewalt in der Gesellschaft alles zerstörten.

III.

Unser aktueller gesellschaftlicher Diskurs wird zunehmend von technischen Verfahren und von ökonomischen Zwängen bestimmt. Stichworte sind die manchmal schwer erträgliche, weil so ausnehmend platte Standortdebatte und das alles erdrückende Schlagwort der Globalisierung.

Zu wenig wird meiner Meinung nach über tatsächlich und empirisch belegbare sozio-ökonomische Zusammenhänge oder über kulturelle Bedingtheiten gesprochen.

Mit Sicherheit könnte politisches und administratives Handeln besser werden, wenn der vorhandene Sachverstand besser genutzt würde. Deshalb plädiere ich nachdrücklich dafür, daß wir unsere Forschungsanfragen und unsere Forschungsförderung nicht nur an die Technik- und Naturwissenschaften richten, sondern auch an die 'weichen' Geisteswissenschaften.

Wir wollen damit übrigens auch helfen, die Verhältnisse ein wenig zurechtzurücken. Denn die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sind bundesweit in der Förderung noch immer unterrepräsentiert.

Bisher ist jedenfalls mein Eindruck, daß die Mittel, die für gesellschafts- und geisteswissenschaftliche Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt werden, deren möglicher Bedeutung für die Gesellschaft nicht gerecht werden, sondern nur deren aktuelle Gering-

schätzung durch die Gesellschaft reflektieren – oder vielleicht einen Mangel an Selbstbewußtsein, oder ein Desinteresse der beteiligten Wissenschaften und Wissenschaftler am gesellschaftlichen Diskurs?

So sehr ich mich beispielsweise freue, daß wir in Nordrhein-Westfalen die schöne Zahl 50 bei den Sonderforschungsbereichen überschritten haben; so sehr ich mich freue, daß hier gerade die Medizin unter schwierigsten Bedingungen eine sehr erfreuliche Entwicklung nimmt, so bedrückt es mich doch, daß Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften unter den Sonderforschungsbereichen an Zahl und Aufwand nur marginal vertreten sind.

Ich meine: Die Wissenschaftspolitik, Forschungsförderer wie die DFG und die Hochschulen müßten sich des Ausgleichs dieses Ungleichgewichts in der Forschungslandschaft, dieser wissenschaftlichen Unterforderung wichtiger Wissenschaftsbereiche stärker annehmen.

Dies läßt sich gerade in Bielefeld am besten thematisieren, denn hier ist die Ausnahme, die mich so nachdrücklich nach der Regel fragen läßt. Bielefeld gilt seit Jahren als eine Hochburg der Gesellschaftswissenschaften.

Als wir vor der Entscheidung standen, wohin wir die erste C 4-Professur für Technologiefolgenabschätzung insbesondere in der Gen- und Biotechnik vergeben sollten, konnten wir uns schnell darauf einigen, daß diese Professur nach Bielefeld gehört. Daß nun auch hier das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung entstanden ist, ist also kein Zufall.

Die Universität Bielefeld hat bundesweit die meisten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Sonderforschungsbereiche an einem Ort versammelt. Auch das neue Institut ist die Frucht eines Sonderforschungsbereiches. Der erste und bisher einzige Weltkongreß der Internationalen Soziologengesellschaft in Deutschland hat vor wenigen Jahren hier in Bielefeld stattgefunden. Ende des vergangenen Jahres haben sich über 700 Wissenschafts- und Technikforscher getroffen – hier in Bielefeld, erstmalig in Deutschland.

IV.

Die Forschungsprojekte, die in Bielefeld initiiert werden, passen auch besonders gut in das Förderkonzept des Wissenschaftsministeriums. Denn wir haben nicht den Ehrgeiz, durch eine breite Projektförderung in "Konkurrenz" zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu treten oder nicht mehr: bis in die achtziger Jahre hinein hatten wir eine kleine DFG. Da sähen wir – obwohl wir mit 8,3 Milliarden Mark den zweitgrößten Etat im Land haben – neben der DFG wohl doch eher schwächling aus, denn wir geben der DFG für die Forschungsförderung in den Hochschulen ein Mehrfaches dessen, was wir selbst für unsere eigenen anregenden und flankierenden Maßnahmen zur Verfügung haben.

Wir versuchen stattdessen, mit gezielten Programmen unsere Forschungsinfrastruktur zu optimieren. Auch dafür haben wir im letzten Jahr ein "Innovationsprogramm Forschung" ins Leben gerufen. Allein in diesem Jahr unterstützen wir mit 29,4 Millionen Mark die wissenschaftliche Arbeit und die technologische Entwicklung in zukunftsgerichteten Forschungsbereichen wie Umwelt und Verkehr, Energie- und Kreislaufwirtschaft oder neue Medien – und eben auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften. So

planen wir zum Beispiel ein kulturwissenschaftliches Zentrum in Köln.

In erster Linie fördern wir aus dem Innovationsprogramm Forschung nicht Institutionen, sondern Projekte zu wichtigen Leitthemen, mit denen unsere Forscher und Forschungseinrichtungen zugleich auch bei anderen Geldgebern – beim Bund oder bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft etwa – Drittmittel einwerben können.

Dieses Prinzip hat aber noch einen anderen Sinn: Wir können damit vor allem interdisziplinäre Forschungsvorhaben fördern und die Bildung von Schwerpunkten in besonders zukunftssträchtigen Forschungsbereichen unterstützen. Denn wir wollen zu einer Forschung kommen, die stärker problemorientiert und weniger eng an die Grenzen von Fachbereichen gebunden ist.

Die Wissenschaft muß in der Lage sein, Fragen zu beantworten, die gestellt werden. Zu solchen Fragen gehört auch die nach dem Zustand unserer Gesellschaft und nach den Strategien, wie wir Konflikte gewaltfrei lösen können. Deshalb bin ich froh, daß es das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung gibt, und ich bin sicher, daß es den Ruf von Bielefeld als Uni der Querdenker und Vordenker untermauern wird.

Wissenschaft und Gesellschaft

von Wolfgang Frühwald

In Bielefeld etwas Neues über die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft vorzutragen, ist ein schwieriges Unternehmen. Hier nämlich hat Franz-Xaver Kaufmann im August 1992 ein Buch über "Risiko und Ethik in einer unüberschaubaren Welt" abgeschlossen, das im Druck den Titel trägt "Der Ruf nach Verantwortung". In diesem Buch aber wird der übliche Appell "an die Verantwortlichkeit von 'starken Männern' oder 'erleuchteten Wissenschaftlern'" als eine längst überholte Strategie bezeichnet, da die Welt, die "wir nicht mehr denken können", sich dieser Art von Individualverantwortung verweigert: "Die unlösbaren Verantwortungsprobleme beginnen dort, wo die Transformation von Gefahren in arbeitsteilig bearbeitbare Risiken noch nicht gelungen ist..." Die Visionen, die allenthalben angemahnt werden, sind wohlfeil zu haben und gleichwohl zu wenig nütze, weil die einzige Vision für unsere Zukunft die eines gut ausgebildeten (vielleicht sogar eines gebildeten) Volkes ist, das auf jeden Schritt des raschen und unvorhersehbaren Wechsels zu reagieren fähig ist, das also – wie Franz-Xaver Kaufmann sagt – die Unsicherheiten und Unwägbarkeiten des modernen Lebens auszuhalten fähig ist. Ich versuche daher, einige grundsätzliche Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft zu machen und dabei Abstraktion und Konkretion miteinander zu verbinden.

Zu allen Zeiten, auch und gerade in der Neuzeit, sind Wissenschaft und Gesellschaft Systeme, die eng miteinander verflochten sind. Jener Entzauberungsvorgang, als den Max Weber den Prozeß der Modernisierung beschrieben hat, der Prozeß der Intellektualisierung und der Rationalisierung, ist auch ein Prozeß der 'Verwissenschaftlichung' der Welt, obwohl die Wissenschaft – definiert als die systematische, forschungsgeleitete und lehrbare Suche nach Erkenntnis durch Theorie, Experiment und Computer-Simulation – nur ein Teil dieses Prozesses ist. Die Wissenschaft ist nur ein Teil des modernen Intellektualisierungsprozesses, aber dessen wichtigster, weil sie Glied und Triebkraft des Prozesses zugleich ist und für Weber die Eigenart der abendländischen Wissenschaft durch technische Möglichkeiten, durch "mathematisch und experimentell exakt und rational fundamentierte Naturwissenschaften" bestimmt wird.

Zu den großen, heftig angegriffenen und ebenso heftig verteidigten, jedenfalls noch immer nicht ausgeschöpften Grundideen Max Webers gehört ja, daß einer "der konstitutiven Bestandteile ... der modernen Kultur: die rationale Lebensführung auf Grundlage der Berufsidee" ist, und daß diese "aus dem Geist der christlichen Askese" geboren wurde. Max Weber hat sich selbst und seine Zeitgenossen als Menschen empfunden, die im späten Kapitalismus leben, wobei er die Dauer dieser Weltepoche mit dem Weltvorrat an fossilen Brennstoffen zu bemessen suchte. Den gewaltigen Säkularisationsprozeß, der, im 16. und im 18. Jahrhundert jeweils charakteristisch beschleunigt, alle Erfahrungen des Menschen von Grund auf gewandelt und den Okzident, durch das Zeitalter der Rationalität und der Selbstbestimmung, endgültig vom Orient getrennt hat, hat Weber als die Verwandlung mönchisch-puritanischer Askese in das bürgerliche Berufsleben

gedeutet, in dem sich der Mensch über seine Arbeit – verstanden als Erwerbsarbeit – definiert. Daß zur gleichen Zeit, als dieser Transformationsprozeß geschah, spätestens seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, in Deutschland Konfessionsgegensätze in Bildungsgegensätze verwandelt und dem traditionellen deutschen Konfessionshader ein Bildungsgefälle (von Nord nach Süd) eingeschrieben wurde, ist eine Begleiterscheinung, nicht der Auslöser des von Weber beschriebenen Modernisierungsprozesses. Jetzt begann die Askese "die innerweltliche Sittlichkeit zu beherrschen" und ihren Teil dazu beizutragen, "jenen mächtigen Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschinelles Produktion gebundenen Wirtschaftsordnung (zu) erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden – nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen – mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist". Daß das späte 20. Jahrhundert den Saum des von Weber beschriebenen Zeitalters markiert, daß es sehr merklich übergeht in ein Zeitalter neuer Unwägbarkeiten und Unsicherheiten, daran besteht für mich schon deshalb kein Zweifel, weil der zur Neige gehende Vorrat fossiler Energieträger der Welt zu berechnen ist. Der stahlharte Panzer, den die Sorge um die materielle Existenz um die Menschen gelegt hat, so daß die Arbeit selbst zu einem Besitz geworden ist, den wir im Begriff und in der Realität des "Arbeitsplatzes" mit allen seinen sozialen und individuellen Sicherungen gegen die Kontingenz des Lebens gierig begehren und hartnäckig verteidigen, beginnt sich aufzulösen. Arbeit, zumindest Erwerbsarbeit alten (Berufs-) Stiles entschwindet aus dem Horizont der Möglichkeiten für alle Menschen. Das Ende der fossilen Energie-epoche wird bewußt. In Holland und Norwegen zum Beispiel, wo nach dem Niedergang der Fischerei-Industrie die Erdgas- und die Erdölfunde im Festlandschelf der Wirtschaft der Länder eine Schonfrist von etwa 50 Jahren (bis zum Jahre 2030) gewährt haben, ist dies viel bekannter als bei uns, die wir doch längst von unseren geistigen Ressourcen leben und immer noch so tun, als lebten wir von unseren (nicht mehr vorhandenen) natürlichen Ressourcen. Nur zu deutlich richtet sich die von Weber selbst als wertend erkannte Frage an uns, die Menschen am Saum des späten Kapitalismus: "Niemand weiß noch, wer künftig in jenem Gehäuse (materieller Güter) wohnen wird und ob am Ende dieser ungeheuren Entwicklung ganz neue Propheten oder eine mächtige Wiedergeburt alter Gedanken und Ideale stehen werden, oder aber – wenn keines von beiden – (ob) mechanisierte Versteinerung, mit einer Art von krampfhaftem Sich-wichtig-Nehmen verbrämt. Dann allerdings könnte für die 'letzten Menschen' dieser Kulturentwicklung das Wort zur Wahrheit werden: 'Fachmenschen ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz: dies Nichts bildet sich ein, eine nie zuvor erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben'."

Wissenschaft und Forschung also gehören seit Jahrhunderten in der Weise zur modernen Gesellschaft, daß sie der stärkste Motor zur Entzauberung der Welt gewesen sind, daß sie die Welt aus einem Stadium, in dem jedes Ding noch etwas *bedeutete*, in ein Stadium geleiteten, in dem jedes Ding nur noch *ist*. Wissenschaft hat die moderne Bürgergesellschaft so geprägt, daß sogar die Freiheit des Menschen seit dem großen Modernitätsschub des 18. Jahrhunderts als die rationale, wissenschaftlich geprägte Herrschaft über die Natur definiert wurde (und noch immer definiert wird). Freiheit ist, bei genauem

Zusehen, in unserem Mentalitätskontinent zunächst und zuerst Freiheit von den Zwängen der Natur. Diese wissenschaftlich-rationale Prägung der Gesellschaften des Westens hat zur Entfremdung des Menschen von der Natur geführt, sie führt – in der Konsequenz der Denklinie – nun zur Lösung von Wissenschaft und Gesellschaft, weil die zunehmende Verfachlichung und die notwendige Spezialisierung zu eben jener "mechanisierten Versteinerung" führt, vor der Max Weber gewarnt hat. Zwar ist der Kosmos der noch zu entdeckenden Geheimnisse der Natur und des Menschen grundsätzlich unendlich, doch ist der Weg zur Entschlüsselung dieser Geheimnisse mit der Zunahme der zu erforschenden Entfernung im Makrokosmos und der Kleinheit im Mikrokosmos methodisch mühsamer, finanziell aufwendiger, ethisch und ökonomisch risikoreicher und dementsprechend sozial unverständlicher geworden. Die Human-Dimension von Begreifbarkeit scheint bei gesellschaftlichen und vor allem bei wissenschaftlichen Entwicklungen inzwischen eine Grenze überschritten zu haben, die wir in ihrem Verlauf kaum noch bestimmen können, jenseits derer aber die Konsensfähigkeit menschlicher Gesellschaften überfordert ist. Gravierende Orientierungsdefizite sind die Folgen zweier abendländischer Entfremdungsperioden: (1) der Entfremdung des mit Rationalität herrschenden Menschen von der Natur (auch des eigenen Leibes), (2) der Trennung der Gesellschaft von ihrem ins Unbegreifbare entschwindenden Orientierungs-, Herrschafts- und Freiheitsinstrument, der rationalen Wissenschaft. Hier also geht es nicht mehr nur um Transparenz und Kontrolle, um Information und Öffentlichkeit, um Popularisierung oder wenigstens Laisierung des Wissens, hier geht es um eine strukturelle Entwicklung, die wir zwar reflektierend begleiten, aber nicht aufhalten können.

Um die fortschreitende Lösung der Gesellschaft aus der Bindung an ihr bislang vornehmstes Orientierungsinstrument Wissenschaft zu illustrieren, gebe ich zwei Beispiele, eines aus den Sozialwissenschaften, eines aus den Lebenswissenschaften:

Beispiel 1: Exil und Emigration

Im Jahre 1987 hielt der Schriftsteller Horst Bienek (gestorben 1990) an der Universität München Vorlesungen mit dem Titel "Das allmähliche Ersticken von Schreien. Sprache und Exil heute". In diesen Vorlesungen (erschieden bei Hanser, München im gleichen Jahr) hat er das neue Exil beschrieben, das begonnen hat, als das alte noch kaum zu Ende war, jenes neue Exil, das damals – 1987 – vor allem die Sprachen Ost- und Mitteleuropas gesprochen hat, das heute arabisch und kurdisch spricht, paschdo, dari und farsi (die Sprachen Afghanistans und des Iran), chinesisch, tamil, aber auch kroatisch und serbisch und viele Sprachen Afrikas. Vom Exil in unserer Mitte hat Horst Bienek gesprochen und dabei in Anwesenheit einer großen Zahl intellektueller Emigranten aus aller Herren Länder auf die uns vertraut gewordenen Fremden verwiesen, die mit eben solcher Sehnsucht darauf warten, "gekannt zu sein", wie die vertriebenen Deutschen und die Europäer aus dem nationalsozialistischen Herrschaftsgebiet der dreißiger und vierziger Jahre dieses 20. Jahrhunderts. In der übermächtigen Lust, "gekannt zu sein", hat Anna Seghers und nach ihr ihre Schülerin Christa Wolf das Heimweh der Flüchtlinge, der Exulanten, der Migrantinnen verortet. Ganz in dieser (literarischen) Tradition plädiert Bienek für ein Recht auf ein geistiges Asyl, "und das bedeutet nicht nur Suppenküche, sondern auch die Möglichkeit, einen Gedichtband zu

drucken, einen Katalog für eine Ausstellung zu machen, einen Abend mit Kammermusik" zu gestalten. Wenige Jahre nach diesen Vorlesungen und ihrer Vorstellung eines geistigen Fluchtraumes für Verbannte und Vertriebene in Deutschland war mit dem Beginn der sogenannten Asyldebatte (1991) sogar die Existenz der "Suppenküche" wieder gefährdet. Die Asyldebatte hat zwar ein brisantes politisches Thema zunächst entschärft, welche bösen Kräfte sie aber geweckt und wie sie das Bild Deutschlands im Ausland beschädigt hat, erfahren wir erst heute. Die große Vertreibungswelle, welche die Nationalsozialisten in Europa ausgelöst haben, hat rund 500.000 Deutsche, dann aber, seit etwa 1938, auch viele Millionen Europäer, unter ihnen vor allem die europäischen Juden erfaßt. Und doch war diese Vertreibung nur der Auftakt zu einer Epoche der Flucht und der Wanderung, in der heute potentiell 1,5 Milliarden Menschen, bedroht von politischem Extremismus, religiös-politischem Fundamentalismus, von Gewalt, Verfolgung, von Umweltkatastrophen, von Hunger und sozialem Elend größten Ausmaßes, zu Migration und Flucht gezwungen und entschlossen sind. Zwar sind die erzwungenen Wanderungsbewegungen im Mitteleuropa der vierziger Jahre unseres Jahrhunderts eine starke politische, soziale und ökonomische Belastung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen, wogegen der heutige Zustrom von Flüchtlingen aus aller Herren Länder nach Europa nur wie eine schwache Wiederholung wirkt, doch scheint die große, auch humanitäre Belastungsprobe Europas erst noch bevorzustehen, ohne daß dieses (größere oder kleinere) Europa politisch, konzeptionell oder gar sozialpsychisch darauf vorbereitet wäre. Während des Zweiten Weltkrieges, so hat Hans Magnus Enzensberger in dem Essay "Die Große Wanderung" (1992) belegt, wurden fast zehn Millionen Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt, so daß damals etwa "30 Prozent aller Arbeitsplätze ... von Ausländern besetzt waren". Ihnen folgten jene "displaced persons", deren Hungergestalten den Älteren unter uns noch vor Augen stehen. Den Millionen Versprengter und Entwurzelter ("displaced persons") aber folgten zwischen 1945 und 1950 zwölf Millionen Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, dazu kamen rund drei Millionen Um- und Aussiedler aus Osteuropa und der Sowjetunion, die als deutschstämmig galten. Schließlich flüchteten aus der ehemaligen DDR innerhalb von 40 Jahren (bis 1989) rund 4,4 Millionen Menschen in den Westen (vornehmlich Deutschlands), und die von der erhitzten Konjunktur in Gang gesetzte Arbeitsemigration brachte nochmals fünf Millionen Zuwanderer nach Deutschland, darunter bis heute 1,8 Millionen Türken. Weit über 34 Millionen Menschen also sind in rund 50 Jahren nach Westdeutschland zugewandert und größtenteils integriert worden. Es ist in der Tat erstaunlich – wie Enzensberger konstatiert –, "daß eine Bevölkerung, die innerhalb ihrer eigenen Lebenszeit solche Erfahrungen gemacht hat, unter dem Wahn leiden kann, sie hätte es, angesichts heutiger Wanderungen, mit etwas nie Dagewesenem zu tun". Auch ist es rätselhaft, wie angesichts offenkundiger Zahlen die Tatsachen in Slogans wie "Deutschland ist kein Einwanderungsland" verdreht werden können.

Nach einer Expertise des Frankfurter Instituts der Stiftung Marktwirtschaft und Politik nämlich könnte lediglich ein Drittel der von Beginn des nächsten Jahrhunderts an sichtbaren "demographischen Lücke" in Deutschland durch eine gezielte Einwanderungspolitik geschlossen werden, ein weiteres Drittel dieser Lücke müßte durch eine

Änderung des generativen Verhaltens der Bevölkerung geschlossen werden, das letzte Drittel aber müßte hingenommen und durch erhöhte Soziallasten (Absenkung des Rentenniveaus, höhere Sozialabgaben, verlängerte Lebensarbeitszeit etc.) ausgeglichen werden. Nur der Sozialabbau scheint inzwischen in Angriff genommen, wobei wir den neu entstehenden Armutgruppen – die Kinder unter sieben Jahren sind darunter die größte Gruppe – keine Aufmerksamkeit schenken, das Ausländerproblem nur unter der Perspektive von Einwanderung und Kriminalität behandeln, ohne das positive Gegengewicht, die bewußte und politisch propagierte Integration der ständig in Deutschland lebenden Ausländer, zu schaffen. So werden die Konflikte der multikulturellen Gesellschaft verschärft, wird Multikulturalität fast ausschließlich als Konfliktsituation, nicht auch als Chance zur Konfliktübung gesehen. Wenn viele Deutsche und Europäer von jener Furcht vor Überfremdung ergriffen sind, die sich in Fremdenhaß, in Rassenunruhen, in Übergriffen gegen Asylantenheime und fremdländisch aussehende Menschen, in rechtsextremen Stimmungen äußert, so wirft hier eine Situation ihre Schatten voraus, welche weite Teile der Welt längst erfaßt hat. Mitteleuropa wird dabei erst von schwachen Ausläufern gestreift. Nach wenig zuverlässigen (und eher untertreibenden) Statistiken ist derzeit mit wenigstens 15 bis 17 Millionen Flüchtlingen zu rechnen, also mit Menschen, die, der Gewalt weichend, außerhalb der Grenzen ihrer Heimatstaaten leben, wobei die afrikanischen Katastrophen in Ruanda und Zaire nicht mit eingerechnet sind. Die Zahl der durch Binnenfluchtbewegungen größten Ausmaßes erzeugten "displaced persons" wird auf über 20 Millionen Menschen geschätzt, mit rapide steigender Tendenz. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, so heißt es in einer Publikation des Berliner Instituts für Vergleichende Sozialforschung (1992), "ging Mitte der achtziger Jahre in einer nicht veröffentlichten Studie von einer Gesamtzahl von etwa 100 Millionen Vertriebenen (weltweit) aus und befürchtete eine Steigerung zur Jahrtausendwende auf 500 Millionen". Durch diese Entwicklung aber sind alle hergebrachten Flucht-, Exil- und Asyldefinitionen in Frage gestellt, die Steuerung der Migrantenströme, die internationalen Hilfsmaßnahmen, die seit Fridtjof Nansen hilfreich und wirksam gewesen sind, gerieten in eine tiefgreifende Krise. Jochen Blaschke, Andreas Germershausen und Thomas Schwarz haben in einem großen Bericht über "Weltweite Fluchtbewegungen" (1992) festgestellt, daß die Krise sowohl die Organisation und die Regularien des internationalen Flüchtlingsregimes betrifft, wie auch das Wertebewußtsein innerhalb von Flüchtlingspolitik und Flüchtlingshilfe. So sei die Genfer Flüchtlingskonvention in vielen Ländern de facto außer Kraft gesetzt worden, was sich beispielhaft an der deutschen Debatte um Artikel 16 des Grundgesetzes gezeigt hat.

In solchen Debatten, die weltweit in den Industrieländern geführt werden, geht das humanitäre Argument, das bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein Flüchtlingspolitik und Flüchtlingshilfe bestimmte, immer stärker verloren, es wird – in der anhaltenden und durch die in Gegensatz zur deutschen Außenpolitik geratene Innenministerkonferenz noch verschärften deutschen Flüchtlingsdebatte ebenso wie in anderen europäischen Ländern – ersetzt durch technische Debatten um pragmatische Lösungen von wirklichen oder als solche empfundenen Krisensituationen: "Im Rahmen der Flüchtlingsregime haben technologische Debatten um pragmatische Lösungen zur Bewältigung von Krisen humanitäre Argumentationsmuster ersetzt." Exil und Ver-

treibung, Migration und Flucht werden nicht mehr als Individualphänomene wahrgenommen und diskutiert, sondern ausschließlich als steuerungsbedürftige Massenphänomene. Die in dieser Situation noch sichtbar humanitär handelnden und denkenden Gruppen- und Einzelinitiativen, die es zumal in Deutschland in großer Zahl gibt (und die Bewegung des Kirchenasyls ist nur eine dieser Gruppierungen), haben sich vom politischen Handeln, wie dieses sich von den Idealen der genannten Gruppen, weitgehend abgelöst. Das Ergebnis aber ist – wiederum am Beispiel Deutschlands zu zeigen – die fruchtlose Polarisierung von integralistischen Öffnungsfanatikern und wahnhaft argumentierenden Überfüllungsgläubigen, zwischen deren Schlägertrupps die politische und moralische Vernunft zerrieben wird. Das exakt ist die Stelle der Konflikt- und Gewaltforschung. Mit Horst Bienek gesprochen geht es also nicht mehr um "das allmähliche Ersticken von Schreien" angstgepeinigter Flüchtlinge, diese Schreie sind überall dort stummem Entsetzen gewichen, wo das humanitäre Argument, wo das Mitleid völlig durch Beschwichtigungspolitik und das Management der Krisenbewältigung ersetzt sind.

Dem Trend zur Entpersönlichung der Exilproblematik und zur nur noch technisch-administrativen Steuerung von Migrantenströmen entspricht auch, daß die Ergebnisse der Exilforschung, für die über ein Jahrzehnt lang viele Millionen an öffentlichen Fördermitteln ausgegeben worden sind, in diese globale Exil- und Fluchtdebatte nicht einbezogen, jedenfalls nicht sichtbar verwertet werden. Die akademisch-theoretische Exildebatte ist gleichsam die eine Seite des Phänomens Exil, sie kann mit – zuweilen sogar großzügiger – staatlicher Unterstützung rechnen; schließlich geht es dabei um die geschichtliche Basis des eigenen Staates. Das Elend der Emigration heute aber ist die Kehrseite des Phänomens, und beide Seiten haben miteinander kaum wahrgenommene Berührungsflächen. Ich kannte einige Exulanten, sagte Bienek, "die haben sich umgebracht. Sie konnten nicht warten, bis irgendwann die VW- oder die Thyssen-Stiftung oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft die (zumeist) ungedruckten Zeugnisse entdecken, publizieren und kommentieren werden". Zu den Ergebnissen der Exilforschung, die in allen diesen Debatten sträflich vernachlässigt werden, gehören zum Beispiel die Phänomene der Akkulturation, die zumal im Bereich deutsch-jüdischer Emigranten in den USA bis in die Details des Alltagslebens hinein erforscht sind, also Phänomene der Abstoßung, der Integration, der Transformation, kurz der Multikulturalität bei der Begegnung autochthoner und fremder Lebens-, Denkens- und Glaubensweisen. Dazu gehören die Einflüsse der Sprache auf das geistige Klima eines Landes, das sich durch eine größere Anzahl von Emigranten in seiner Existenzform bedroht fühlt, so daß in der deutschen politischen Debatte das wahrhaft problembeladene Stichwort von der "multikulturellen Gesellschaft" in das Schimpfwort von der "multikriminellen Gesellschaft" umgewandelt werden konnte. Es ist bestürzend zu beobachten, wie alle Metaphern und Vorurteile, die – sagen wir – in der Schweiz im Umgang mit den jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland verwendet wurden, unbekümmert um ihre historisch belastete Semantik, in der aktuellen politischen Debatte in Deutschland wieder auftauchen. Vom angeblich "vollen Boot" bis zur Überfremdung, von den Fremden, die Wohnungen, Arbeitsplätze und sauer verdientes Steuergeld wegnehmen, bis zur Ausländerkriminalität ist alles versammelt, was agitatorisch, provozierend, verletzend und letztlich zerstörend wirkt. Das Vorurteil, durch Politiker, die es eigentlich besser

wissen, aus populistischen Gründen genutzt, sitzt tief. Zu den Erfahrungen, welche die Flüchtlinge bei uns machen müssen, gehören mechanisch angewandte Verwaltungsvorschriften ebenso wie die Paßverweigerung, die Diskriminierung wegen der Hautfarbe, der Dschungelweg durch das Dickicht der Verordnungen und Ämter, auf denen die Vertriebenen nur selten mitleidenden Stimmen, allzu häufig aber den Sprachrohren toter Texte begegnen. Die Anekdote vom Frankfurter Flughafen, die mir eine afghanische Freundin erzählte – sie allein konnte die Grotteske bemerken –, ist die eher freundliche Außenseite eines tief in die Kulturfeindschaft reichenden Zusammenhanges: Eine nur farsi sprechende Flüchtlingsfrau verweigerte dem Zöllner, in ihrem Koffer nach zu verzollenden Gegenständen zu suchen. "Du bist wie mein Sohn", sagte die alte Flüchtlingsfrau aus dem Orient, "du willst nur in meiner Wäsche wühlen, ich öffne dir den Koffer nicht." Zu den genannten Ergebnissen gehören auch Psychologie und Ethnologie des Exils, die Frage nach den Institutionen, den Kulträumen, den Verlagen, den Theatern, den Fernsehsendungen, den Schulen und den Altenheimen. Die sozialpsychologische Schulung des Personals unserer Ausländerbehörden wäre eine nicht nur kulturpolitisch notwendige Aufgabe, damit "Multikulturalität" im täglichen Konflikt nicht zu einem Schimpfwort verkommt, sondern im Streit um Integration oder Ghettoisierung als eine Möglichkeit des wenn auch spannungsgeladenen Zusammenlebens in Deutschland gesehen werden kann. Man könnte einen ganzen Katalog bereit- und brachliegender Ergebnisse der Exilforschung erstellen, der nur historisch und akademisch von Bedeutung ist und damit auf jenen Modernisierungsschaden verweist, den Jürgen Habermas als die "elitäre Abspaltung der Expertenkulturen von den Zusammenhängen des kommunikativen Alltagshandelns" bezeichnet.

Alle Ergebnisse der Exilforschung sind eng mit dem Humanitätsargument der Exildebate verknüpft, das in der aktuellen Diskussion ganz in den Hintergrund gedrängt ist. Aus dem Wortlaut des Artikels 16 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist – wie immer man den sogenannten "Asylkompromiß" auch beurteilen mag – das erfahrungsgeprägte, humanitäre Pathos der Gründergeneration unserer Republik entschwunden und der fatale Eindruck eines sinnentleerten Grundgesetzartikels geblieben. Dabei führt die semantische Tradition des Flüchtlingsdiskurses am roten Faden des Humanitätsdenkens tief in die deutsche Geschichte hinein. Wilhelm Grimm hat es in der Gestalt einer hessischen Großmutter charakterisiert, als er 1838 die Rechtfertigungsschrift "Jacob Grimm über seine Entlassung und seine Vertreibung aus dem Königreich Hannover" überarbeitete: "Nicht der Arm der Gerechtigkeit, die Gewalt nötigte mich ein Land zu räumen, in das man mich berufen, wo ich acht Jahre in treuem, ehrenvollem Dienste zugebracht hatte. 'Gib dem Herrn eine Hand, er ist ein Flüchtling', sagte eine Großmutter zu ihrem Enkel, als ich am 16. Dezember (1837) die Grenze überschritten hatte. Und wo ward ich so genannt? In meinem Geburtslande, das am Abend desselben Tages ungern mich wieder aufnahm, meine Gefährten sogar von sich stieß." Hier ist sie bereits erkennbar, jene Lust "gekannt zu sein", von der die Exilliteratur aller Zeiten und Zonen spricht. "Gib dem Herrn eine Hand, er ist ein Flüchtling" – alle Exilforschung verweist ausschließlich auf diese eine nötige Geste der Solidarität und des Vertrauens, weil alle Flüchtlinge dieser Welt mehr als das tägliche Brot das Bewußtsein brauchen, "gekannt zu sein".

Unsere Gesellschaft also, die sich in einem großen, konfliktgeladenen Problembereich zu enthumanisieren beginnt ("mechanistisch versteinert"), bedient sich ihres Orientierungsinstrumentes Wissenschaft kaum oder nur so selektiv, daß die genannte Trennung von Wissenschaft und Gesellschaft manifest ist.

Beispiel 2: Lebenswissenschaften und Wertewandel

Der angebliche oder auch der tatsächliche Erfolg der Klonierung eines Schafes aus einer schon gealterten Körperzelle, mit einer Methode also, die bisher nur bei Amphibien angewandt wurde, hat weltweit einen fast hysterischen Aufschrei und die Frage nach der Erlaubtheit der Menschenklonierung erzeugt. Wer die Berichte darüber gelesen hat, erinnert sich an das "Leben des Galilei": "Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, daß euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte." Inzwischen gibt es französische und deutsche Stellungnahmen für eine weltweite Ächtung der Klonierung von Menschen, der japanische Wissenschaftsrat hat erklärt, keine derartigen Experimente zu fördern und die Industrie aufgefordert, ihrerseits der Ächtung beizutreten, auch die chinesische Akademie der Wissenschaften hat sich öffentlich für ein Klonierungsverbot ausgesprochen. Der Zeitpunkt des "Erschreckens" könnte der Zeitpunkt des internationalen Solidarhandelns sein, wenn nur eine der Regierungen die Initiative ergreift. An diesem Beispiel aber ist viel klarer als an dem sozialwissenschaftlichen Exempel zu verdeutlichen, daß die Wissenschaft in den Lebensfragen der Menschheit nur noch wenig Orientierung bieten kann. Die Frage nach Verbot oder Erlaubtheit der Klonierung von Menschen nämlich kann naturwissenschaftlich nicht beantwortet werden, es ist eine Frage, die tief in das Wertebewußtsein der Menschen hineinführt, zumal jene Fälle, in denen ein Kind auf bisexuellem Wege zum Beispiel deshalb gezeugt wurde, um einem bereits lebenden, aber todkranken Geschwisterkind als Knochenmarkspender zu dienen, ethisch nicht beanstandet wurden. Schon Hans Jonas spricht von der Möglichkeit der Menschenklonierung und seit 1993 wird die Frage der Klonierung von Menschen (durch Embryonen-Splitting) international heftig diskutiert. Das gedankenlose Argument der Unnatürlichkeit einer Herstellung von genetisch identisch ausgestatteten Menschen, die lautstark und töricht geäußerten Zweifel an deren Persönlichkeit, Individualität, deren Seele etc. scheitern allesamt daran, daß die Natur selbstverständlich kloniert und ein-eiigen Zwillingen – man rechnet mit etwa 10 Millionen weltweit – niemand ungestraft Persönlichkeit, Individualität, Seele absprechen darf. Sollte gegen alle Verbote zum Beispiel durch Embryonenteilung ein geklonter Mensch gleichsam im Labor hergestellt werden, so hätte er Würde, Individualität, Persönlichkeit wie jeder andere Mensch auch. Der bisher einzige erkennbare Grund, der gegen die technisch-wissenschaftliche Klonierung von Menschen spricht, liegt außerhalb dessen, was wir Wissenschaft nennen, in der eher philosophischen Feststellung von der "Selbstzweckhaftigkeit" des Menschen, wonach jeder einzelne und jede einzelne in sich selbst Zweck ist (und damit Würde hat), deshalb auch in seiner physischen und psychischen Substanz für einen anderen Zweck (als Transplantationslager, als Ersatz für ein gestorbenes Kind, als Kopie eines besonders klugen oder besonders "wertvollen" Menschen, aus eugenischen Gründen etc.)

nicht instrumentalisiert werden darf. Die Wissenschaft im Sinne Webers ist an jene Grenze gelangt, wo sie aus sich heraus Wertgrenzen überschreitet und zur Orientierung anderer als in ihr selbst liegender Wertentscheidungen bedarf. Niemand hat schärfer als der alte Goethe jene Grenze gezeigt, wo die technisch-mathematische Form der Wissenschaft in ihrem Anspruch auf Welterfassung und Welterkenntnis endet: "Neue Erfindungen können und werden geschehen, allein es kann nichts Neues ausgedacht werden, was auf den sittlichen Menschen Bezug hat." Alle Völker der Erde kennen den Begriff des Opfers. Als möglich und ethisch zu verantworten gilt in unserem Ethosbereich ein freiwilliges, ein selbstgewähltes Opfer (dann auch des eigenen Lebens). Diesen Begriff des Opfers nun – ohne ihn ausdrücklich zu nennen – einem Organtransplantationsgesetz einzuschreiben, ist höchst problematisch und ruft nach Orientierung. Nichts anderes aber geschieht, wenn hirntote Menschen ausdrücklich als Sterbende deklariert werden, denen dann lebensnotwendige Organe entnommen werden dürfen, wenn diese Menschen vor dem Beginn der Sterbephase (Vertreter des Hirntodkriteriums sagen: vor ihrem Tod) ihre Einwilligung zur Organspende gegeben haben. Wir sind – in der Nachmoderne – an einer Grenze angelangt, wo doch archaische Bewußtseinsschichten mit dem Instrumentarium der modernen Wissenschaft in Konflikt geraten, wir sind an einer strukturellen Konfliktzone angelangt, die uns allen noch viel zu wenig bewußt geworden ist. Am Stand der Lebenswissenschaften heute ist die strukturelle Trennung von Gesellschaft und Wissenschaft erkennbar, die Trennung der Gesellschaft von ihrem nur scheinbar allvermögenden Orientierungsinstrument, zumal die Menschen auch der wissenschaftlich-rationalen Begleitung der experimentell arbeitenden Lebenswissenschaften zu mißtrauen beginnen (etwa in der Ablehnung der Bioethik) und im Chor nach einem neuen, "anderen" Orientierungsinstrument rufen; als ein solches wird bisher nur der ebenso problematische "gesunde Menschenverstand" genannt.

Konfliktforschung wird sich meines Erachtens auf diese Situation einstellen müssen, sie wird nicht nur die konkreten gesellschaftlichen Konfliktfelder zu bedenken haben, sondern die in der Nachmoderne aufgebrochene strukturelle Konfliktzone, wo sich die Gesellschaft gleichsam selbsttätig von ihrem Orientierungsinstrument Wissenschaft zu lösen beginnt. Eine Konfliktforschung, welche diesen strukturellen Menschheitskonflikt übersieht, sich also nicht selbst in ihrer wissenschaftlichen Methodik, ja ihrer Wissenschaftlichkeit (einschließlich der Grenzen dieser Wissenschaftlichkeit) mit auf den Prüfstand stellt, wird weder den Verstand, noch das Herz der Menschen gewinnen können. Wir nehmen Abschied von der – in vielen Fächern noch herrschenden – Linearität des Fortschrittsgedankens und wenden uns der komplexen, vielleicht sogar grundsätzlich nicht völlig aufklärungsfähigen Welt zu. Wir installieren den Dialog als die einzige gesellschaftlich-wissenschaftliche Methode, um unser Können mit unserem Sollen und Dürfen zu konfrontieren, wir installieren: Universität. Ich wünsche dem neuen Institut in Bielefeld Glück und Erfolg auf dem Weg.

Literaturnachweis:

- Bieneck, Horst: Das allmähliche Ersticken von Schreien. Sprache und Exil heute. Münchner PoetikVorlesungen. München 1987
 Blaschke, Jochen u.a.: Weltweite Fluchtbewegungen. Berlin 1992 (Bericht für die Fritz

Gewalt, Gewaltdiskussion, Gewaltforschung

von Friedhelm Neidhardt

Man möchte an der Welt verzweifeln, wenn man sieht, was Menschen Menschen antun. Immer wieder brüskiert unsere Erfahrung den "Traum von der gewaltfreien Moderne" (Joas 1994: 74). Immer wieder Kriege mit großem Leid, immer wieder auch im Kleinen Mord und Totschlag, die Verletzung von Frauen und Kindern, fremden und eigenen. Aber man muß das Entsetzen darüber beherrschen und das "Erschrecken einklammern" (Sofsky 1994: 58), um einen klaren Kopf für den Umgang mit der durch keine Erfahrung aufhebbarer Frage zu gewinnen: was wir denn tun können, um die Wahrscheinlichkeit von Gewalttätigkeit wenigstens zu verringern. Die Aufgabe der Gewaltforschung ist, mit den Mitteln der Wissenschaft Antworten auf diese Frage zu suchen, und die Mittel der Wissenschaft sind: klare Begriffe, genaue Beschreibungen, scharfe Analysen, triftige Folgerungen.

1. "... das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" (GG, Art. 2 II)

Man kann mit dem Niveau der Gewaltforschung nicht zufrieden sein, wenn man sie an diesen Standards der Wissenschaft mißt. Das Unbehagen an ihrer Qualität muß schon bei dem Gebrauch ihres Zentralbegriffs einsetzen. Ungebremst erscheint auch in den Projekten der Gewaltforschung die Tendenz zu einer "Entgrenzung des Gewaltbegriffs" (Kielmansegg 1978: 73); dies mit der Folge, daß zum Gegenstand der Gewaltforschung alle Übel dieser Welt werden, von der Folter über Einbruch bis hin zur Beleidigung. Die Wissenschaft folgt mit dieser Tendenz den Gummizugdefinitionen der Praxis, für die der Umgang mit dem *Gewaltbegriff* in vielerlei Konfliktlagen eine vor allem strategische Bedeutung besitzt (Neidhardt 1986). In den Konkurrenzen um Situationsdefinitionen, die der eigenen Interessenlage dienlich sind, ist es inmitten hitziger Auseinandersetzungen für alle Kontrahenten ein probates Mittel, die Gegenseite dadurch ins Unrecht zu setzen, daß sie deren Verhalten gewalttätig nennen. Auf diese Weise kann jede Handlung, von der in irgendeiner Weise Zwangswirkungen ausgehen – der Gebrauch von Wörtern, der Einsatz von Geld, die Kündigung von Loyalität –, gebrandmarkt werden. Es gibt in unserer Gesellschaft kein stärkeres Skandalisierungsmittel als die Zuschreibung von Gewalttäterschaft. Wer diese Etikettierung gegen sich gelten lassen muß, wird moralische Empörung und allgemeinen Widerstand gegen sich haben.

Diese Beobachtung verweist auf einen Umstand, der in der Gewaltforschung merkwürdig unterschätzt erscheint, nämlich die anhaltend allgemeine Geltung des *Gewalttabus*. Alle Umfragen zeigen trotz der erkennbaren Erosionen des Gewaltbegriffs immer wieder, daß die Achtung von Gewalt bei Mehrheiten einer Größenordnung, die die Demoskopie sonst nicht findet, fest verankert ist. Bei Einsatz von semantischen Differentialen ist in der Bevölkerung die Assoziation auf die Attribute schlecht, häßlich und gefährlich überwältigend verbreitet (Kaase/Neidhardt 1990: 41-45). Für alles, was sonst noch zum Thema Gewalt zu sagen ist, bleibt festzuhalten, daß inmitten des Verfalls traditioneller Moralbestände das Gewalttabu in einem Maße stabil blieb, wie sonst wohl

nur noch jenes Inzesttabu, für das das Strafrecht den Begriff der "Blutschande" benutzt.

Nur weil dies der Fall ist, kann der Gewaltbegriff in der Konfliktretorik der Moderne den sprachpolitischen Manövern ausgesetzt sein, die eine Tendenz zu seiner Entgrenzung und Überladung mit sich bringen. Um unbeteiligte Dritte auf die eigene Seite zu ziehen, kann es sich in harten Auseinandersetzungen lohnen, den Gewaltbegriff so zu strecken, daß der Gegner als gewalttätig erscheint. Die Rechtsprechung ist dieser Tendenz mit der vor allem vom Bundesgerichtshof eingeleiteten "Vergeistigung des Gewaltbegriffs" im übrigen gefolgt; erst vor kurzem hat das Bundesverfassungsgericht wieder einige semantische Schwellen aufgerichtet. Der Klarheit und Verbindlichkeit wissenschaftlicher Analyse kann ein semantischer Opportunismus auf jeden Fall nicht gut tun. Ein liederlicher Gebrauch des Gewaltbegriffs überfüllt den zentralen Gegenstand der Gewaltforschung mit disparaten Motiven, Handlungstypen und Effekten, so daß sowohl die Beschreibung von Gewalt diffus als auch ihre Erklärung uneindeutig und widersprüchlich ausfallen muß.

Es löst zwar nicht alle Operationalisierungsprobleme, schafft aber klarere Ausgangspositionen für die Analyse, in der etymologischen Traditionslinie von "vis/violentia" mit einem engen Gewaltbegriff zu arbeiten und ihn – etwa mit den Worten von Heinrich Popitz – für Fälle einer tatsächlich ausgeübten oder auch nur angedrohten "Machtaktion" zu reservieren, "die zur absichtlichen körperlichen Verletzung anderer führt" (Popitz 1986: 73). Ist "Macht" in der berühmten Formulierung Max Webers "die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen", so ist die physische Überwältigung das letzte Mittel, dieses Widerstreben wirksam zu brechen. Einer solchen Zuspitzung liegt weder die Annahme zugrunde, hinter dem Angriff auf den Körper des anderen stecke das böseste aller Tätermotive, noch die Unterstellung, "körperliche Verletzung" sei für das Opfer die schlimmste Form aller möglichen Zwänge; wir wissen, daß es andere Arten von Tortur gibt, die unermeßliches Leid auslösen können und das Opfer wünschen lassen, tot zu sein. Aber es bringt die Taxonomie jeder Art von Sozialwissenschaft durcheinander, wenn sie ihre Leitkategorien nach der Moral der Täter und nach den Gefühlen ihrer Opfer ausrichtet. Entscheidend für eine sozialwissenschaftliche Gewaltdefinition ist, daß eine "Machtaktion, die zur absichtlichen körperlichen Verletzung anderer führt", das Höchstmaß an sozialer Asymmetrie bezeichnet. Die physische Überwältigung des Anderen löscht ihn als Subjekt aus; sie macht ihn gleichsam tot, bevor er gestorben ist. Kommunikation regrediert bei Einsatz von Gewalt zum blanken Überfall, macht alle Worte überflüssig und funktioniert deshalb auch universell, über alle Sprachgrenzen hinweg. Gesellschaft hört auf, wo Gewalt in diesem besonderen Sinne regiert. Sie wird umgekehrt möglich nur in dem Maße, in dem – mit den Worten des Grundgesetzes – "das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" aller Bürger durchgesetzt wird. Die zentrale Frage der Gewaltforschung ist: In welchen Kontexten, aufgrund welcher Bedingungen durch wen und mit welchen Folgen wird "das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" verletzt. Wie kommt es dazu, daß Auseinandersetzungen zwischen Menschen vor dem Angriff auf ihr höchstes Eigentum, von dessen Besitz alle

sonstigen Möglichkeiten ihres Verhaltens abhängt, nämlich auf ihren Körper, nicht Halt machen?

2. Entwicklungsbilanzen von Gewalttätigkeit

Es hängt auch mit dem Wandel und der Beliebtheit der Gewaltdefinitionen zusammen, daß wir gegenwärtig nicht genau wissen können, ob *das Ausmaß an physischen Gewaltwirkungen*, die in unserer Gesellschaft vorkommen, in den letzten Jahren oder Jahrzehnten insgesamt signifikant gestiegen oder aber geschrumpft ist. Man mag es für überflüssig halten, darüber Bescheid zu wissen, wenn feststeht, daß die Zahl der Gewalttätigkeiten, die wir zuverlässig dokumentiert finden, allemal ausreicht, uns zu beunruhigen. Gleichwohl hat es jenseits moralischer Dimensionen eine soziale Bedeutung zu wissen, ob in den Gewaltbilanzen unserer Gesellschaft die Bilanzsumme steigt, konstant bleibt oder fällt.

Jede Gesellschaft tendiert dazu, sich an die Probleme zu gewöhnen, die sie hat. Man lernt, mit ihnen umzugehen, richtet sich auf sie ein, hält sie irgendwann für normal und unvermeidbar. Das gilt für Inflationsraten und Scheidungsziffern, für die Statistik von Verkehrstoten und für Arbeitslosenzahlen. Es gehört zur Aufmerksamkeitsökonomie von Öffentlichkeit und Politik, sich erst dann alarmieren zu lassen, wenn Probleme steigen, Unangenehmes sich ausbreitet, Übelstände ein höheres Niveau erreichen. Erst ein Problemzuwachs sorgt für Problemwahrnehmung. Dieses Wissen geht zum Beispiel in die Inszenierungsstrategien der Massenmedien ein, die täglich um die Aufmerksamkeit eines möglichst großen Publikums konkurrieren. Wenn die Benzinpreise steigen, entstehen Schlagzeilen; daß sie gelegentlich auch fallen, findet man allenfalls im Kleingedruckten. Auch die Kriminalitätsstatistiken eignen sich in der Regel dazu, bei selektiver Verwendung von Teilwerten und geschickter Auswahl eines früheren Bezugsjahrs dramatische Entwicklungen zu behaupten. Solche "Immer-mehr"-Dramatisierungen nutzen nicht nur Journalisten, sondern auch Innenminister, Polizeipräsidenten, Sozialpädagogen und alle sonstigen Gewaltbearbeiter, die sich auf diese Weise den Zuwachs ihrer Bedeutung und die Sicherung ihrer Ressourcen versprechen können. Auch die Wissenschaft ist nicht frei davon. Vielleicht ist es richtig, sicher aber war es geschickt, daß die Kollegen Backes, Dollase und Heitmeyer die Begründung ihres Antrags auf Errichtung eines "Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung" mit der Annahme unterstützt haben, "daß es zunehmend zu Desintegrationsprozessen und damit einhergehender Gewalt kommt". Wir freuen wir uns über ihren Erfolg und feiern die Geburtsstunde dieses Instituts auch mit großem Respekt sowohl für die Universität Bielefeld als auch für eine Ministerin, die die Institutsgründung trotz großer finanzieller Bedrängnisse gefördert hat; aber ich möchte auch in dieser Feierstunde fragen dürfen, ob die Annahme eines in unserer Gesellschaft wachsenden Gewaltvolumens wirklich stimmt.

Wissenschaft ist – so Robert Merton – "organized skepticism", und Skepsis ist zum Gewaltthema angebracht angesichts einer öffentlichen Diskussion, die die vorhandenen Wissensbestände mit Interessen überzieht, welche der Wahrheitsfindung nicht unbedingt

dienlich sind. Die Sozialwissenschaften haben es mehr als andere Forschungsdisziplinen mit Themen zu tun, die Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sind, und das Gewaltthema gehört aus Gründen, die sich gut verstehen lassen, zu den Spitzenthemen öffentlicher Rhetorik. Ich denke, daß es zu den dringlichen Verpflichtungen der Sozialwissenschaften im allgemeinen und der Gewaltforschung im besonderen gehört, zwar in kritischer Distanz zu der Dauerkommunikation der Gesellschaft über sich selber zu bleiben, aber sich doch auch in deren Diskurse in dem Maße einzumischen, in dem sie etwas zu sagen haben. Dies mit dem Ziel, den Rationalitätsgehalt öffentlicher Diskurse mit den Maßstäben zu kontrollieren, an denen sich die Expertise der Wissenschaft bildet. Was kann die Gewaltforschung dazu sagen, wenn die Presse in regelmäßigen Abständen "Gewaltexplosionen" in den Familien, auf den Schulhöfen, am Arbeitsplatz und überhaupt allerorten diagnostiziert und ein Intellektueller vom Kaliber Hans Magnus Enzensbergers in unseren Städten schon den "Bürgerkrieg" ausgebrochen sieht?

Wenn ich die Daten der Gewaltforschung richtig verstehe, ist es zwingend, die Einschätzung der Gewaltentwicklung in unserem Lande im einzelnen differenziert und insgesamt vorsichtig zu formulieren. Konsultiert man die amtlichen Statistiken, so läßt sich über längere Fristen eine Zunahme von Gewaltkriminalität feststellen – aber die Validität der Kriminalitätsstatistik ist bekanntermaßen begrenzt. Die steigenden Werte könnten durch Intensivierung der polizeilichen Ermittlungsarbeit beeinflusst sein, vielleicht auch durch das veränderte Anzeigeverhalten von Opfern und Beobachtern. Gegen die Annahme, daß die Veränderungen in der Statistik rundum bloße Artefakte darstellen, sprechen allerdings nicht nur genauere Analysen der Statistiken (Pfeiffer 1996), sondern auch Befunde anderer Erhebungen. Mansel berichtet aus Befragungen 15jähriger Jugendlicher, die in den Jahren 1986 bis 1994 viermal stattfanden, daß in diesem Zeitraum der Anteil Jugendlicher, die zugaben, im Vorjahr mindestens einmal an Körperverletzungen anderer beteiligt gewesen zu sein, sehr deutlich gestiegen ist (Mansel 1995). Aus anderen Projekten des Bielefelder Sonderforschungsbereichs "Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter" belegt Heitmeyer ein relativ starkes Vorkommen jugendlicher Gewalttätigkeit in Milieus, die sich in den vergangenen Jahren ausgedehnt haben und wahrscheinlich weiter wachsen werden (Heitmeyer 1996: 413). Ähnliche Tendenzen ergaben sich aus einer Dokumentation von nahezu 10.000 Protestaktionen der Jahre 1950 bis 1992, die in meiner Abteilung im Berliner Wissenschaftszentrum angelegt wurde. Entgegen unseren Erwartungen nahmen (bei allerdings etwa gleichbleibend sehr niedriger Zahl der beteiligten Personen) sowohl die Zahl als auch die Häufigkeit gewaltförmiger Protestaktionen in der Nachkriegsgeschichte vor allem seit den 80er Jahren deutlich zu, folgt dabei jedoch einem zyklischen Verlauf, hinter dem in den siebziger Jahren eher linke, seit den achtzigern eher rechte Protestwellen stehen, unter den letztgenannten vor allem ausländerfeindliche Aktionen.

Aus diesen und anderen Untersuchungen läßt sich folgern, daß es in Wellenbewegungen, aber bei insgesamt steigender Tendenz einen Zuwachs von Gewalttätigkeit in bestimmten Milieus, bei bestimmten Altersgruppen, in wechselnden politischen Lagern und gegen sich verändernde Kategorien von Opfern gegeben hat – Stoff genug, um alarmiert zu sein. Ob sich daraus auf einen langfristigen Anstieg des gesamten Gewaltvolumens in

unserer Gesellschaft schließen läßt, steht jedoch dahin. Gegen diese Annahme läßt sich u.a. die Hypothese stellen, daß sich mit institutionellen Liberalisierungstendenzen seit Jahrzehnten über alle back-lash-Reaktionen hinweg ein Abbau autoritär geschützter Gewalteinsetze auf seiten derer vollzogen hat, die zum Beispiel als Eltern, Lehrer und Polizisten massive Sanktionschancen besitzen. Wenn das richtig ist, dann laufen die Tendenzen vielleicht weniger auf Veränderungen des Gewaltvolumens als auf eine Mobilität und Umschichtung der Gewaltakteure hinaus. Die Täterschaften wechseln ihren gesellschaftlichen Ort, und daraus resultiert auch eine Veränderung ihrer Sichtbarkeit – ein Effekt, über dessen Ausmaß wir wenig wissen. Man müßte mit langfristige angelegten Longitudinalerhebungen arbeiten, um Entwicklungen und Entwicklungsbedingungen der Gewaltverhältnisse genauer bestimmen zu können.

Die Freude über das neu errichtete Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung entsteht nicht zuletzt mit der Aussicht, daß an der Universität Bielefeld ausgewiesenen Forschern eine kleine Infrastruktur verfügbar wird, mit der langfristige Forschungsprogramme betrieben werden können. Mit Recht haben die Initiatoren und Träger dieses Instituts bei ihrer Antragstellung darauf hingewiesen, daß gegenwärtig "eine auf aktuelle Ereignisse folgende Forschung (dominiert), deren Intensität meist schnell nachläßt, weil sie auch von kurzlebigen Förderungskonjunkturen abhängig ist". In der Tat, die sozialwissenschaftliche Forschung ist ganz überwiegend ein Stipvisitenengagement, das mit dem Aufkommen gesellschaftlicher Problemzonen einsetzt und mit ihrem Verschwinden dann auch wieder endet. Daß die Sozialwissenschaften so wenig prognosefähig sind, hängt auch damit zusammen, daß die institutionellen Bedingungen an den deutschen Universitäten ihrer Forschung keine Stetigkeit und Dauer gewährleisten. Was sie prognostizieren sollen, ist meistens schon geschehen, wenn sie beginnen anzufangen.

3. Erklärungsmodelle von Gewalt

Kontinuierliche Langzeitbeobachtungen erbringen für die Sozialforschung nicht nur den Vorteil, soziale Prozeßverläufe und Entwicklungstendenzen methodisch kontrolliert messen zu können. Ihr besonderes Potential entsteht durch die Chancen, die sie für die Erklärung von Prozeßverläufen und Entwicklungstendenzen bieten. Konkrete Ereignisse, zum Beispiel Gewalttätigkeiten, kommen und gehen. Sie haben Vorgeschichten, und sie haben Nachgeschichten. Das Erkenntnisprogramm der Sozialwissenschaften besteht darin, diese Vor- und Nachgeschichten als einen Wandel sozialer Konstellationen und Ereignisse als Interaktionsprodukte im Rahmen solcher Konstellationen zu deuten. Das führt an Komplexitäten heran, die die Sozialforschung leicht verpaßt, wenn sie mit ihren Projekten nicht nahe genug an die Ereignisse herantritt und nicht lange genug an ihnen dranbleibt.

Die bisherige Gewaltforschung ist vor allem eine *Täterforschung*. Sie konzentriert ihre Beobachtungen, Aktenanalysen und Umfragen auf diejenigen Akteure, die als gewalttätig oder als gewaltbereit auffallen, und sucht nach deren Motiven, Hintergrunderfahrungen und Lebensumständen. Sind solche Recherchen großformatig angelegt, lassen sich

soziale Gewaltpotentiale mit einigen allgemeinen Merkmalen eingrenzen. Wir wissen aus ihren Befunden zum Beispiel, daß sich Gewaltpotentiale überdurchschnittlich ausgeprägt haben bei männlichen Jugendlichen, nicht zuletzt bei jungen Ausländern, in bestimmten Milieus, nicht zuletzt in ethnischen Problemzonen, im übrigen in Ostdeutschland deutlich mehr als in Westdeutschland. Befunde wie diese verweisen auf relevante Hintergrundfaktoren, die die Wahrscheinlichkeit von Gewalt beeinflussen. Sie herauszustellen, instruiert und mahnt auch eine Politik, die mit dem Elend der Arbeitslosigkeit, dem Anwachsen der Armut, der Stigmatisierung ausländischer Bürger und den Folgeproblemen der deutschen Einigung nicht fertig wird, sie teilweise sogar erzeugt. Das Gewaltproblem berührt insofern sehr allgemeine Problembereiche der Politik, und es ist wichtig, dies nicht zu verdrängen. Aber eine Gewaltforschung, die ihr Zentralproblem genau fassen und die Interventionsstellen für Problembearbeitungen genau markieren will, kann beim Aufweis allgemeiner Zusammenhänge nicht stehen bleiben. Es fällt doch auf, daß selbst dann, wenn in die Analyse von Massendaten über soziale Lebensumstände und individuelle Einstellungen eine sehr große Zahl von Faktoren eingeführt wird, das Niveau der Varianzaufklärung mäßig bleibt. Diese Faktoren sind offenkundig zu unspezifisch, um mehr herzugeben als sehr allgemeine Verdachtsmomente. Hinzu kommt, daß in Sekundäranalysen von Umfragedaten die von den Befragten bekundete Gewaltbereitschaft und die von ihnen berichtete tatsächliche Beteiligung an Gewalttätigkeiten nicht sehr hoch miteinander korrelieren; es gibt einen beträchtlichen Anteil von Gewalttätern, die Gewalteinsatz nicht befürworten (Neidhardt 1987: 6): Sie waren offenkundig im Rahmen von ihnen nicht geplanter und von ihnen auch nicht beherrschbarer Handlungsabläufe in eine Rolle hineingeraten, für die sie nicht disponiert waren und mit der sie selber auch nicht einverstanden sind.

Ergebnisse wie diese geben Wolfgang Sofskys Anmahnung einer mikrosoziologischen "Gewaltanalyse von unten" recht, in der "eine methodische Nabsicht auf die Praxis der Gewalt" der Eigendynamik ihrer Entfaltung stärkere Aufmerksamkeit widmet (Sofsky 1994: 64). Auch wenn man bei mikrosoziologischen Studien nicht stehen bleiben will, kann man von ihnen lernen, daß man Erklärungsmodelle braucht, die über Täteranalysen systematisch hinausgehen. Es ist für die Deutung sowohl kleiner wie auch großer kollektiver Gewaltaktionen unerlässlich, nicht nur nach den Tätern, sondern auch nach den *Opfern* und deren Rolle im Gewaltprozeß zu fragen. Am unheimlichsten und am schwersten erklärbar sind Fälle, in denen es keine persönlichen Vorgeschichten und direkten Beziehungen zwischen Tätern und Opfern gab, wo Gewalttätigkeit also gewissermaßen "ohne Ansehen der Person" verübt wurde und allenfalls abstrakte Kategorien, zum Beispiel die des Juden oder des Türken, für die Motivierung ihrer Verletzung oder gar Auslöschung hinreichten. Auch in diesen Fällen kollektiver Stigmatisierung läßt sich nach den sozialen Bedingungen ihrer Entstehung und nach der Rolle der Kategorie der Opfer in diesem Prozeß fragen; Hannah Arendt hat dies sogar für den Holocaust geltend gemacht. Aufdringlicher und analytisch ergiebiger stellt sich diese Frage in vielen anderen Fällen, in denen es eine Interaktionsgeschichte zwischen Tätern und Opfern gibt. Läßt sich zwischen Tätern und Opfern in solchen Konstellationen immer eindeutig unterscheiden? Und wenn man es kann: Was haben die Opfer zur Ermöglichung der Gewalt beigetragen? Haben sie – willentlich oder nicht – dazu angestachelt oder

haben sie sich nicht genug gewehrt?

Daß sie sich oft nicht wehren und selber vor Gewalt schützen können, macht deutlich, daß auch eine Analyse von Täter/Opfer-Konstellationen nicht hinreicht, wenn man Gewalt sozialwissenschaftlich mit der Absicht erklären will, sozialen und politischen Präventionsstrategien Anhaltspunkte für praktische Interventionen gegen Gewalt herzu-richten. Was Georg Simmel für Konflikte allgemein veranschlagte, gilt für Gewaltkonflikte nicht minder: Die Erklärung der Gewalt bedarf triadischer Handlungsmodelle, in denen die Rolle der *"Dritten"* systematisch mitbedacht wird – jener Dritter, die als Zuschauer, Mitwisser und direkt oder indirekt Mitbetroffene den Kontexten zugehören, in denen Gewalt stattfindet (Sofsky 1994:64 f.; Nedelmann 1995:12 f.). Haben sie sich in das Gewaltgeschehen eingemischt oder nicht? Wenn sie sich eingemischt haben, in welcher Weise und mit welchen Impulsen? Wenn sie sich nicht eingemischt haben, was hat sie gehindert?

4. Probleme staatlicher und sozialer Kontrolle

In meinem Arbeitszimmer hängt ein gerahmtes Foto, das ich vor einigen Jahren aus einer Zeitung ausgeschnitten habe. Es zeigt auf einem Bürgersteig, dicht an dicht gereiht, eine Menge Menschen, die zuschauen – man sieht nur ihre Rücken –, wie auf der anderen Straßenseite – man kann es nur ahnen – SA-Leute jüdische Geschäfte demolieren und deren Besitzer prügelnd verjagen. Das war am späten Abend des 9. November 1938 – "Kristallnacht". Ich denke immer, wenn ich dieses Foto sehe: Daß es die SA-Schläger gab und daß sie taten, was sie taten, war nur möglich, weil die Zuschauer nichts als zuschauten – und man muß vor allem dies erklären.

Man muß auch heute vor allem erklären, wer die Beobachter der in unserem Lande tätigen Gewalt sind, die nur zuschauen – und warum sie nur zuschauen. Die Frage danach gewinnt eine analytische Bedeutung, wenn es richtig ist zu unterstellen, daß das Gewalttabu eine anhaltend stabile Geltung besitzt, ja vielleicht sogar an Geltung noch gewonnen hat. Wenn man davon ausgehen kann, dann müßte ein massives Gewaltverhinderungspotential in unserer Gesellschaft vorhanden sein, das allerorten intervenieren kann, wenn Gewalttätigkeit sich anbahnt oder stattfindet. Warum interveniert es offenkundig nicht genug, um jenes Ausmaß an Gewalttätigkeit zu reduzieren, das tatsächlich vorhanden ist? Mindestens drei Antworten sind möglich.

Erstens: Die soziologisch interessanteste und politisch bedrückendste Antwort könnte sein, daß ein hohes Gewaltaufkommen geradezu die Folge eines starken, vielleicht sogar stärker gewordenen Gewalttabus ist. Diese Paradoxie könnte dadurch entstehen, daß die moralische Ächtung von Gewalt auch die Repressionskraft jener Kontrollinstanzen lähmt, die darauf spezialisiert sind, mit der Drohung und dem Einsatz staatlicher Gewalt soziale Gewalttätigkeit abzuschrecken oder zu unterdrücken. Infrage steht dabei das Funktionieren von Polizei und Gerichten im Namen des staatlichen Gewaltmonopols. Unaufhebbar prekär ist der Tabubruch staatlicher Repressionsgewalt allemal. Ihr Einsatz gebraucht genau die Mittel, die sie verhindern will. Die Frage ist, in welchem Maße

und in welchen Formen staatliche Repressionsgewalt gleichwohl als unverzichtbar und letztlich dann auch als produktiv legitimiert werden kann und legitimiert werden muß. Zeitreihendaten zeigen, daß in der Bevölkerung die Bereitschaft zur Legitimierung staatlicher Gewalteinsätze langfristig gesunken ist (Kaase/Neidhardt 1990: 58 ff.). Einem liberalen Ordnungsverständnis kann dies nur recht sein. Aber ich finde es unververtretbar, daß die sozialwissenschaftliche Gewaltforschung die Frage nach den Folgen dieses Prozesses den Juristen und der CSU überlassen hat. Einem sympathischen Präventionsbias in der Forschung fällt es offenbar schwer, Polizei und Gerichte anders denn als Störenfried gesellschaftlicher Selbstorganisationsversuche anzusehen und dann auch ernsthaft die Frage zu prüfen, was es für die Gewinn- und Verlustrechnungen von Gewalttätern bedeutet, wenn die Kosten ihrer Verletzung anderer sinken.

Zweitens: Andere Muster der Erklärung des ungereimten Verhältnisses von Gewalttabu und Gewaltpraxis zielen weniger auf Probleme staatlicher als auf die Defizite sozialer Kontrollen. Sie fragen zuerst einmal danach, was das Gewalttabu tatsächlich bedeutet. Im Mittelpunkt dieses Tabus steht die moralische Ächtung von Gewalt. Offen aber ist, in welchem Maße diese Ächtung normative Kraft besitzt, das heißt gegen Gewaltausübung sanktionsbereit und sanktionsfähig ist. Aus den Erhebungen der Gewaltkommission der Bundesregierung geht hervor, daß zum Gewaltbegriff im semantischen Differential nicht nur die moralischen Bewertungsdimensionen auf schlecht und häßlich, sondern auch die apperzeptiven Wahrnehmungsdimensionen auf stark und aufregend hoch geladen waren (Kaase/Neidhardt 1990: 43). Man hält Gewalt für widerwärtig, findet sie aber auch sehr spannend. Genau diese Reaktion gibt den Gewaltdarstellungen in den Massenmedien ihren besonderen Reiz, und das verleiht diesen wahrscheinlich einen Effekt, der jenseits der Imitationsannahmen liegt, deren Bedeutung in der Gewalt-in-den-Medien-Diskussion gewöhnlich stark übertrieben wird (zusammenfassend differenziert: Kunzick 1995). Die Hauptwirkung der Medien könnte darin liegen, daß sie uns zu Voyeuren auch dessen erzieht, was wir nicht mögen und ablehnen. Sie gewöhnen uns an den bloßen Konsum des Widerwärtigen und sozialisieren auf diese Weise den Bürger zum Zuschauer. Geradezu bedrückende Beispiele für ausbleibende Zuschauerinterventionen in sehr konkreten und dramatischen Situationen hat vor allem die amerikanische "bystander"-Forschung (vgl. Lück 1975) berichtet, und sie hat auch über die Bedingungen der vorherrschenden Handlungshemmungen einigen Aufschluß erbracht (Neidhardt/Gerhards 1989). Die Befunde verweisen nicht nur auf eingewöhnte Attitüden der Beteiligten, sondern auch auf soziale Merkmale von Situationen und Konstellationen, in denen soziale Kontrollen versagen.

Drittens: Auch wo in der Umgebung von Gewalt Gewalttabus vorhanden und im Prinzip auch interventionsbereit sind, können die sozialen Bedingungen für das Wirksamwerden sozialer Kontrollen fehlen und sowohl präventive als auch repressive Reaktionen erschweren. Einen Ansatz für diese Annahme bietet schon die ungeschlachte Kategorie der Zuschauerschaft. Publikum ist eher ein flüchtiger Aggregatzustand als ein soziales System von Akteuren, und eine Summe individueller Akteure ergibt nicht per se einen kollektiven Akteur, der gegen Gewalt präventions- und repressionsfähig wäre. Man kann auch im Sinne der von den Bielefelder Gewaltforschern eingebrachten Desintegrations-

und Individualisierungstheorien von der Annahme ausgehen, daß langlaufende soziale Wandlungsprozesse der Organisierbarkeit des Gewalttabus abträglich waren. Wenn es richtig ist, daß die Bindungskraft von Familien, Nachbarschaften und Milieus, in Teilen ebenso der Schulen, nicht zuletzt der sozialen Kontexte von Arbeit und Beruf gesunken ist – und davon kann man ausgehen –, dann bedeutet das eine Schwächung jener Infrastruktur sozialer Kontrolle, die Gewaltausbruch zwar nicht verhindern, aber doch erschweren und kontrollieren kann.

Es wird für die Gewaltforschung allerdings nützlich sein, Desintegrationstheorien, die an dieser Stelle eingesetzt werden, genau zu spezifizieren und im Format einer Hypothese zu halten, deren Inhalte korrigierbar bleiben. Der soziale Wandel erzeugt nicht nur "disembedding", sondern auch "reembedding" (Giddens 1991), und beide Prozesse verdienen Aufmerksamkeit. Mein Ratschlag ist, mit Projekten sehr nah an Gewaltereignisse heranzugehen und lange genug bei ihnen zu bleiben, um auch sehen zu können, welche neue Formen sozialer Kontrolle unter bestimmten Bedingungen wirksam werden und welche Akteure auch jenseits der alten Institutionen dabei eine Rolle spielen. Es gibt beim Studium sozialer Probleme den erkenntnispraktischen Vorteil schöner Ausnahmen – Ausnahmen der Problemvermeidung oder Problembewältigung. Als Ausnahmen sind sie in Problemfeldern nicht dominant, aber sie sind lehrreich, weil man an ihnen sehen kann, zu welchen Erfindungen die Praxis selber in der Lage ist und wie sich dann auch mit den Mitteln der Wissenschaft unterstützen läßt, was sich am Rande unguter Verhältnisse gegen sie selber bildet. Das würde der Gewaltforschung aufgeben, stärker als bisher nicht nur Formen und Bedingungen von Gewalt, sondern auch Formen und Bedingungen der Vermeidung und Bewältigung von Gewalt zu studieren. Viele Konflikte sind gewaltnahe und werden doch nicht gewaltsam. Was unterbricht ihre Eskalation? Welche Akteure intervenieren? Welche Umstände hemmen den Gewaltausbruch? Welche Alternativen zur Gewalt sind verfügbar? Es geht dabei nicht um die Verdrängung von Konflikten, aber um Formen und Bedingungen ihrer Begrenzung, Zivilisierung und Pazifizierung.

Das Bielefelder "Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung" wird sich mit langfristig disponierbaren Projekten den Zusammenhängen zwischen Konflikt und Gewalt und den Bedingungen zuwenden können, die die Grenze zwischen beidem bestimmen. Dafür ist von den Bielefelder Kollegen und Kolleginnen vieles trefflich vorbereitet. Mit Sympathie und Respekt wünsche ich dem nunmehr institutionalisierten Unternehmen eine gute Entwicklung.

Literaturnachweis:

- Giddens, Anthony, 1991: *Modernity and self-identity*. Cambridge
 Heitmeyer, Wilhelm u.a., 1996: *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*. Weinheim/München
 Joas, Hans, 1994: "Soziologie ist eine Überlebenswissenschaft". *Gewalt im Jahrhundert als sozialwissenschaftliches Thema, Diskussionsbeitrag*. In: *Mittelweg* 36, 2. Jg., S. 68-83

- Kaase, Max und Friedhelm Neidhardt, 1990: Politische Gewalt und Repression. Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen. Bd. IV von H.-D. Schwind et al. (Hg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt. Berlin
- Kielmansegg, Peter Graf, 1978: Politikwissenschaft und Gewaltproblematik. In: H. Geißler (Hg.): Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen. München/Wien, S. 69-79
- Kunzeik, Michael, 1995: Wirkungen von Gewaltdarstellungen. Zum aktuellen Stand der Diskussion. In: M. Friedrichsen und G. Vowe (Hg.): Gewaltdarstellungen in den Medien. Opladen, S. 125-144
- Lück, Helmut, 1975: Prosoziales Verhalten. Empirische Untersuchungen zur Hilfeleistung. Köln
- Mansel, Jürgen, 1995: Quantitative Entwicklung von Gewalthandlungen Jugendlicher und ihrer offiziellen Registrierung. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Bildungssoziologie. 15. Jg., S. 101-121
- Nedermann, Birgitta, 1995: Schwierigkeiten soziologischer Gewaltanalyse. In: Mittelweg 36, 4. Jg., S. 8-17
- Neidhardt, Friedhelm, 1986: Gewalt – Soziale Bedeutungen und sozialwissenschaftliche Bestimmungen des Begriffs. In: V. Krey und F. Neidhardt: Was ist Gewalt? Hrsg. vom Bundeskriminalamt. Wiesbaden, S. 109-147
- Neidhardt, Friedhelm, 1987: Politische Protestgewalt in der jungen Generation. In: Jugendforum 11/12, S. 3-10
- Neidhardt, Friedhelm und Jürgen Gerhards, 1989: Schwindende Bereitschaft der Großstadtbevölkerung zu gegenseitiger Bürgerhilfe bei Straftaten oder Unglücksfällen (= "Studien zur Innenpolitik", hrsg. von der Senatsverwaltung für Inneres des Landes Berlin)
- Pfeiffer, Christian, 1996: Steigt die Jugendkriminalität? In: DVJJ-Journal – Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe. Jg. 7, S. 215-229
- Popitz, Heinrich, 1986: Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt, Tübingen
- Sofsky, Wolfgang, 1994: Zivilisation, Organisation, Gewalt. In: Mittelweg 36, Heft 2, S. 57-67

Überlegungen zu den weiteren Arbeiten des Instituts von Wilhelm Heitmeyer

Es ist relativ riskant, Überlegungen zu den weiteren Arbeiten des Instituts anzustellen, weil allzu schnell Vorstellungen artikuliert oder Erwartungen geweckt werden könnten, die sich hinterher als nicht einlösbar erweisen. Gerade der Wissenschaftsbereich kennt dazu eine Fülle abschreckender Beispiele.

Gleichwohl ist es notwendig, sich zu vergewissern

- was wichtig ist,
- was getan werden sollte,
- was mit welchen Kompetenzen machbar ist.

Dies ist allein schon deshalb nötig, um im mühsamen Alltag der Forschungsarbeit, zumal in aufwendigen empirischen Projekten, die auch im Mittelpunkt dieses Instituts stehen, nicht den Blick für klare Entwicklungslinien der Forschung zu verlieren.

Zentrale Bezugsfolie unserer Arbeit wird weiterhin die gesellschaftliche Integrations- und Desintegrationsdynamik bleiben, denn wir gehen davon aus, daß sich an diesen Fragen eine Radikalisierung der Problemlagen ergeben wird und daraus gravierende Konflikte entstehen, die sich auch in neuen Gewaltformen niederschlagen können.

Deshalb soll sich die thematische Profilierung auf drei zentrale

Problemkreise konzentrieren:

- auf die Folgen der Entwicklung zunehmender sozialer Ungleichheit;
- auf die Auswirkungen globaler ökonomischer Prozesse für die Verarbeitungen in der politischen Rhetorik, wie zum Beispiel für den Neopopulismus und damit einhergehenden neuen autoritären Konzepten;
- auf Entwicklung kultureller Probleme, wie sie sich im Kampf um religiöse Symbole und im Fundamentalismus niederschlagen.

Teilweise wird diese thematische Profilierung bereits konkretisiert in einzelnen Projekten. An dieser Stelle setzt dann die Herausforderung der Interdisziplinarität an, um die jeweiligen intradisziplinären Erkenntnisfortschritte anschlussfähig zu machen für ein Gesamtbild der zu untersuchenden Phänomene. Bisher drückt sich dieses Vorhaben in der personellen Zusammensetzung und in der Anlage von Projekten aus. Als ein Beispiel sei das Projekt zu Desintegrationsprozessen und ethnisch-kulturellen Konfliktkonstellationen in städtischen Untersuchungsräumen genannt, das uns aufgrund seiner Vielschichtigkeit mit seinen neun verschiedenen Teilprojekten herausfordert. Wir bemühen uns auf der Basis eines gemeinsam getragenen Ausgangstheorems und gemeinsam geteilter Untersuchungsräume die fachspezifischen Sichtweisen zusammenzubringen.

Ein anderes Beispiel ist die Untersuchung der Fremdenfeindlichkeit in der Polizei. Auch diese Problemkonstellation, die als zentrale Forderung die "gesellschaftliche Durchlüftung dieser Institution" nach sich zieht, läßt sich nicht aus einem disziplinären Blickwinkel verfolgen. Otto Backes, Rainer Dollase und ich haben dies gerade in den letzten beiden Jahren in vielen, auch kontroversen Diskussionen erfahren müssen.

Es wird ein zentrales Ziel der zukünftigen Institutsarbeit sein müssen, solche Ansätze —

selbst bei Rückschlägen – voranzubringen, gerade weil das Risiko des Scheiterns nicht unbeträchtlich ist. Auf dem Hintergrund einer so konzipierten Institutsarbeit mit gemeinsam geteilter Bezugsfolie, thematischer Profilierung und methodisch aufeinander bezogenen Vorgehensweisen, die immer auch die jeweils eigenen Aussagengrenzen berücksichtigen und aus einer interdisziplinär angelegten Projektarbeit zu jeweils vielschichtigen Ergebnissen kommt, hoffen wir, daß es uns leichter fällt, unsere wissenschaftliche Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung ernsthaft und pointiert wahrnehmen zu können.

Ich will dies an drei Beispielen deutlich machen: Zur wissenschaftlichen Verantwortung gehört es nach unserer Ansicht, die erarbeiteten Ergebnisse öffentlich zur Debatte zu stellen. Auch gerade dann, wenn sie nicht die Erwartungen der öffentlichen Meinung, politisch artikulatioensfähiger Gruppen oder der politischen Entscheidungsträger trifft. Dies schließt auch öffentliche Skandalisierung gesellschaftlicher Problemlagen wie zum Beispiel Integrationsdefizite und Diskriminierungen mit ein. Uns ist klar, daß wir uns damit auf einem schwierigen Terrain bewegen. Auf der einen Seite gibt es Zyniker, die behaupten, der öffentliche oder politische Autismus in unserer Gesellschaft lasse sich nur noch über Gewalt durchbrechen. Die Thematisierung von Gewalt auch durch die Wissenschaft könnte einem solchen zynischen Kalkül einen Resonanzboden verleihen. Leider ist eine solche Auffassung nicht ganz unberechtigt. Denn, in der Tat: wer interessiert sich heute noch ernsthaft für gesellschaftliche Integrationsdefizite und Diskriminierungen von Minderheiten? Die Öffentlichkeit wird erst dann aufmerksam, wenn es gewaltförmige Eskalationen gesellschaftlicher Problemlagen gibt. Dann aber ist es in der Regel zu spät. Deshalb käme es darauf an, mehr denn je nicht erst auf manifeste Gewaltphänomene zu reagieren, sondern für Konflikte und ihre Ursachen bereits im Vorfeld offener Eskalation sensibler zu werden.

Wir müssen eingestehen, daß uns dieses Dilemma zwischen wissenschaftlicher Zurückhaltung und öffentlicher Präsenz vielfach doch ziemlich ratlos macht. Gleichwohl sehen wir bei unserer Untersuchungsproblematik keine Alternative zur Thematisierung, weil zu Recht angemahnt wird, wo denn die pointierten Stellungnahmen aus dem Wissenschaftsbereich zu gesellschaftlichen Entwicklungen bleiben. Wissenschaft als "methodisierter Zweifel" kann sich sehr leicht im Methodischen verheddern und selbst der Zweifel bleibt dann auf der Strecke, will sagen, es wird still, weil die pointierte Einmischung in die öffentlichen politischen Abläufe ausbleibt. Ein Beispiel dafür ist das Verhältnis von Einheimischen und Fremden, das meines Erachtens zunehmend von unterschwelliger Unruhe und viel Bitterkeit auf beiden Seiten durchsetzt ist. Woher kommen die Vorsicht oder die Angst davor, solche beobachtbaren Entwicklungen frühzeitig zu benennen? Obwohl bekannt ist: Eine Gesellschaft, die keinen Begriff mehr von ihren eigenen Konflikten hat, so Oskar Negt, brütet unterschwellig gefährliche Potentiale aus.

Um die eigene wissenschaftliche Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung wahrzunehmen, ist es notwendig, offene Foren zu schaffen, um eine Auseinandersetzung zu initiieren. Für uns ist es die jährliche Herbst-Tagung hier im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF). Sie hat drei Kennzeichen. Sie ist erstens international

zugeschnitten, zweitens interdisziplinär angelegt und drittens, dieses ist nun für uns ein entscheidender Punkt, die Teilnehmerschaft setzt sich zusammen aus Wissenschaft und Praxis. Wie notwendig gerade eine solche Konzeption ist, hat uns die letztjährige Tagung zum religiösen Fundamentalismus noch einmal drastisch vor Augen geführt. Denn die Konfrontation von allzu distanzierter Analyse dieses Phänomens durch Vertreter des Wissenschaftsbereiches, die zum Teil bis in Romantisierung abglitt, mit der hautnahen Erfahrung etwa eines multikulturellen und multireligiösen Alltags und den damit einhergehenden Abwehrmechanismen durch die Praxis hat meines Erachtens sehr deutlich offengelegt, welche Problemlagen existieren und wie Auseinandersetzung als wechselseitiger Prozeß organisiert sein muß. Wir wissen genau, welche Risiken wir damit eingehen. Wir sehen aber unter dem Gesichtspunkt der wissenschaftlichen Verantwortung keine Alternative. Vor allem deshalb nicht, weil zu Recht die abnehmende Präsenz des Wissenschaftsbereiches in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen kritisiert wird. Selbst wenn man im Gegenzug eine in weiten Bereichen autistische Politik beklagen möchte, und es gibt in der Tat hinreichend Gründe dafür, legitimiert dies keine Wissenschaftspraxis, die sich nur mit dem Funktionieren des "Gegebenen" zufriedenstellt und dies möglicherweise noch mit zynischem Achselzucken legitimiert. Damit hängt der dritte wesentliche Punkt unserer wissenschaftlichen Verantwortung zusammen, nämlich die Auseinandersetzung mit der Politik. Unseres Erachtens werden wir nicht darum herumkommen, uns auf die oft undurchschaubaren Abläufe des politischen Apparates einzulassen, um für uns selber ein Konzept zu entwickeln, das gleichermaßen Kritik *und* Beratung umfaßt. Wir wissen sehr genau, daß dies vielfach mit erheblicher Reserve betrachtet wird, aber *der* Teil des Wissenschaftsbereiches, der sich von unserem schmutzigen gesellschaftlichen Alltag fernhalten zu können glaubt, wird seiner wissenschaftlichen Verantwortung nur unzureichend gerecht. Es ist ja geradezu ein selbstkritisch festzuhaltendes Kuriosum, daß über fehlendes gesellschaftliches Engagement und darniederliegende Einmischung räsoniert wird, ohne es selbst zu tun. Die Konflikt- und Gewaltproblematik verdient die vorwegnehmende Zuspitzung sowohl in der Analyse als auch in den Diskursen. Pessimismus und Zweifel schützen vor Überraschungen, denn die Geschichte der modernen Gesellschaft war keine durchgängige Erfolgsgeschichte. Zu erinnern ist daran, daß die Umwälzungen des 19. Jahrhunderts wichtige Vorbedingungen der Barberei im 20. Jahrhundert geschaffen haben. Deshalb drängt sich die Frage auf, welche Folgen die heutigen Veränderungsprozesse haben werden, wenn man den Einwurf von Etzioni berücksichtigt, daß keine Demokratie die aktuell eingeschlagene Veränderungsgeschwindigkeit aushält.

All diese Vorhaben werden allerdings zum Scheitern verurteilt sein, wenn es uns nicht gelingt, ungewohnte Denkrichtungen einzuschlagen. Also auch Irritationen auszulösen, die Voraussetzung für individuelles wie kollektives Lernen sein können. Wir werden versuchen, genau diesen Anforderungen nachzukommen, was bekanntermaßen nicht gerade einfach ist. Vielleicht könnte es gelingen, indem man neue Fragen stellt, etwa im Zusammenhang mit der Rolle der Konflikte. Sind Konflikte vielleicht gerade der wichtigste Integrationsmodus in der modernen Gesellschaft und nicht ein angsterzeu-

Universität Bielefeld

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)

Anschrift:

33615 Bielefeld, Universitätsstr. 25

Tel.: 0521/106 und Nr. des Nebenanschlusses

Fax: 0521/106-6415

Leitung und Geschäftsführung:

Leiter: Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Tel. 3164

Stellv. Leiter: Prof. Dr. Rainer Dollase, Tel.: 3103

Wiss. Geschäftsführer: Johannes Vossen, Tel.: 3163

Sekretariat: Petra Buchalla, Tel.: 3165, Raum S 6-147

Vorstand:

Prof. Dr. Günter Albrecht, Tel.: 4630, Raum U 5-210

Prof. Dr. Otto Backes, Tel.: 4711, Raum U 8-230

Prof. Dr. Rainer Dollase, Tel.: 3103, Raum S 4-148

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Tel.: 3164, Raum S 6-145

Monika Näther, Stud. Päd., Raum S 6-148

Johannes Vossen, Wiss. Ang., Tel.: 3163, Raum S 6-141

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Roland Eckert, Universität Trier

Prof. Dr. Dieter Frey, Universität München

Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M.

Prof. Dr. Dieter Grimm, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler, Universität Bielefeld

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Dr. Reimund Anhut, Dipl.-Soz., Wiss. Ass., Tel.: 3148, Raum S 6-134

Dr. Heiner Bielefeldt, Wiss. Ang., Tel.: 3391, Raum K 6-122

Dipl.-Psych. Jutta Conrads, Wiss. Ang., Tel.: 3150, Raum S 6-140

Dipl.-Soz. Petra Glaubitz, Wiss. Ang., Tel.: 3391, Raum K 6-122

Jörg Hüttermann, Wiss. Ang., Tel.: 4718, Raum U 8-219

Dr. Wolfgang Kühnel, Dipl.-Soz., Wiss. Ang., Tel. 4402, Raum T 7-133

Dietmar Loch, Politikwiss., Wiss. Ang., Tel.: 3384, Raum K 6-129

Dipl.-Soz. Margit Mölder, Wiss. Hkr., Tel.: 3148, Raum S 6-134

Dr. Renate Möller, Dipl.-Math., Akad. Oberrätin, Tel. 4359, Raum T 6-122

Dr. Joachim Müller, Dipl.-Päd., Wiss. Ang., Tel.: 3163, Raum S 6-141

Dipl.-Soz. Kurt Salentin, Wiss. Ang., Tel.: 3849, Raum U 4-115

Dr. Helmut Schröder, Dipl.-Soz., Wiss. Ang., Tel.: 3162, Raum S 6-139

Dipl.-Sozialwiss. Levent Tezcan, Wiss. Ang., Tel.: 3150, Raum S 6-140

Dipl.-Soz. Matthias Ulbrich-Herrmann, Wiss. Ang., Tel.: 3147, Raum S 6-132

Johannes Vossen, Historiker, Wiss. Ang., Tel.: 3163, Raum S 6-141

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Carolyn Balzer (S6-148), Ariel Biehler (S4-145), Sylke Känner (T7-133), Jana Klemm (S6-148),

Monika Näther (S6-148), Arnd Ridder (S4-141), Iris Seibt (S6-148), Anke Testrot (S6-148),

Julia Tölke (S6-148), Cornelia Wendelin (S6-148), Monika Wirbel (T7-133), Anja Wüllner (S6-148)